

DOKUMENTATION

Kommunalkongress 2009

SPD-Landesverband Niedersachsen
Hannover, 21. November 2009



Vorwort

Liebe Genossinnen und Genossen,
viele von euch waren vor Ort und konnten sich selbst ein Bild machen: mit rund 700 Teilnehmerinnen und Teilnehmern war der erste Kommunalkongress des SPD-Landesverbandes Niedersachsen ein großer Erfolg! Unser ausdrücklicher Dank gilt allen, die ihren Beitrag zum Gelingen des Kongresses geleistet haben!

Die inhaltlichen Diskussionen haben gezeigt: die SPD macht sich auf den Weg für erfolgreiche Kommunalwahlen 2011! Mit fachkundigen Referentinnen und Referenten und einer großen Vielzahl von Parteimitgliedern haben wir die entscheidenden Zukunftsfragen für unsere Städte, Gemeinden und Landkreise diskutiert. Manchmal auch durchaus kontrovers – aber nur so können wir die beste Politik für die Menschen in unserem Land entwickeln.

Garrelt Duin, Sigmar Gabriel, Christian Ude und Stephan Weil haben in ihren Redebeiträgen deutlich gemacht, worauf es mit Blick auf die anstehenden Herausforderungen ankommt: die SPD vor Ort muss wieder näher an die Menschen herandrücken! Wir müssen für unsere Konzepte einer sozial gerechten Finanzierung der Kommunen und einer leistungsstarken und bürgernahen Daseinsvorsorge werben.

Auf unserem Landesparteitag im Mai 2010 wollen wir mit unseren kommunalpolitischen

Leitlinien die wichtigsten Eckpunkte sozialdemokratischer Kommunalpolitik für Niedersachsen beschreiben. Die Ergebnisse des Kommunalkongresses bieten hierfür eine erste gute Grundlage mit vielfältigen Ideen und Überlegungen. Deshalb wollen wir mit dieser Dokumentation dazu beitragen, dass die vier Redebeiträge der Hauptreferenten und die Diskussion der Thesenpapiere für alle Interessierten zur Verfügung stehen.

Wir wünschen eine anregende Lektüre und grüßen euch herzlich



Garrelt Duin, MdB
Landesvorsitzender

Michael Rüter
Landesgeschäftsführer

Inhaltsübersicht

REDEN

Rede des Landesvorsitzenden

Garrelt Duin, MdB

4

Rede des Oberbürgermeisters von Hannover

Stephan Weil

9

Rede des Parteivorsitzenden

Sigmar Gabriel, MdB

11

Rede des Oberbürgermeisters von München

Christian Ude

17

THESENPAPIERE UND DISKUSSIONSERGEBNISSE

Forum 1

Infrastruktur und Energieversorgung

Anforderungen an die kommunale
Daseinsvorsorge

32

Forum 2

Stadt gestalten statt verwalten

Erwartungen an die kommunale
Daseinsvorsorge

34

Forum 3

Integrationspolitik in der Einwanderungs- gesellschaft

Chancen und Teilhabe in unseren Städten
und Gemeinden

37

Forum 4

Bildung findet Stadt

Perspektiven für die kommunale
Bildungspolitik

41

Rede des Landesvorsitzenden Garrelt Duin, MdB



Liebe Genossinnen und Genossen, nachdem wir das Nebelhorn gerade schon einmal ausprobiert haben, darf ich Euch nun mit funktionierender Technik ganz herzlich begrüßen zu unserem Kongress »Starke Kommunen, starkes Land«! Es ist nach der Bundestagswahl sehr viel gesprochen worden über den Zustand der SPD. Manche haben dort zu klaren Worten gegriffen. Ich finde das allein schon der Blick von hier oben, allein die Zahl derjenigen, die sich zu diesem kommunalpolitischen Kongress angemeldet haben aus Reihen der SPD – aber auch einige von außerhalb der SPD – zeigt, dass der Zustand der SPD wesentlich besser ist als manche geglaubt haben und als manche vielleicht auch von außen gehofft haben. Ich heisse euch ganz, ganz herzlich willkommen, dass ist ein starkes Zeichen der kommunalpolitischen Familie in unserer niedersächsischen SPD, dass ihr heute alle hier seid!

Das Motto unseres Kongresses lautet: »Starke Kommunen, starkes Land«. Das klingt auf den ersten Blick vielleicht etwas technisch. Es geht aber um etwas, das uns allen ganz besonders im Kopf ist, was uns besonders am Herzen liegt. Etwas was auch Gefühl und Hoffnung zugleich betrifft. Nämlich es geht darum, wie wir unsere Heimat, da wo wir wohnen, unseren Stadtteil, unsere Gemeinde, unser Dorf, wie wir das künftig gestalten wollen. Wie wir

unsere Heimat gestalten wollen und wie wir das vor allen Dingen nicht nur alleine, sondern gemeinsam mit möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern machen können. Wir wollen damit heute beginnen, quasi ein Leitbild zu entwerfen, Bilder und Konzepte zu entwerfen, wie die Gestaltung dieser Politik für die Menschen in unseren Heimatregionen aussehen kann.

Sigmar Gabriel hat in Dresden sinngemäß gesagt: Die SPD war immer dann stark, wenn sie sich nicht angepasst, nicht abgefunden hat, wenn sie Utopien entworfen, Hoffnungen genährt hat.« Und genau damit wollen wir auf diesem Kongress auch beginnen in den verschiedenen Gesprächsrunden. Die Städte und Gemeinden sind sehr in Bewegung. Es ist eine sehr interessante und eine hoch spannende Zeit in der sich die Städte und Gemeinden zurzeit befinden.

Die Finanzkrise bleibt auch dort nicht ohne Auswirkung. Die demographische Entwicklung ist ein anderes Stichwort mit dem es sich auseinanderzusetzen gilt. Und all das, was uns an Wirtschaftskrise gerade betrifft macht sich in den Kommunen, macht sich auf der Einnahmeseite, macht sich in der täglichen Arbeit bemerkbar und deshalb will ich an dieser Stelle auch noch mal ausdrücklich an diejenigen im sozialdemokratischen Teil der großen Koalition erinnern, die gleich zu Beginn des Jahres



– in enger Absprache mit den kommunalen Spitzenverbänden – dafür gesorgt haben, dass ein Konjunkturpaket II auf den Weg gebracht worden ist, um vor Ort in den Kommunen dringend notwendige Investitionen auf den Weg bringen zu können, liebe Genossinnen und Genossen. Das dürfen wir nicht vergessen. Das war ein ganz, ganz wichtiges Element unserer Politik und hat unter Beweis gestellt, dass die SPD die Kommunalpartei sein kann und wieder sein wird.

Im Lande Niedersachsen können wir ähnlich Positives nicht beobachten. Das was man formal Kabinett nennt, was aber inzwischen mehr ein Arbeitskreis von Landesministern ist, diskutiert hin und wieder natürlich auch über die Zukunft der Kommunen. Aber es gibt keine klare Linie und wir haben es gerade in den letzten Tagen wieder erlebt, dass wenn Herr Rippke quasi links abbiegt, Herr Schünemann zur gleichen Zeit wieder rechts abbiegt. Es gibt überhaupt keine Idee innerhalb dieser Landesregierung davon wie sich eigentlich Landesverwaltung, kommunale Strukturen und die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern in Einklang bringen lassen. Und deswegen war es ein großer Fehler der Landtagsmehrheit unseren sehr gut durchdachten Antrag zur Bildung einer Enquete-Kommission im Niedersächsischen Landtag abzulehnen. Wir müssen an diesem Kurs festhalten.

Ich habe es schon erwähnt, es geht darum, das Leben in der Heimat konkret zu gestalten. Und wir werden dazu in ganz verschiedenen Politikfeldern in den nächsten Jahren eine Menge Anlass haben, gerade auch in der Heimat jenes konkret zu gestalten, was auf anderen Ebenen genauso diskutiert wird. Wenn ich an die Umwelt- und Energiepolitik denke, dann gibt es in der nächsten Zeit - Stichwort »Auslaufen der Konzessionsverträge« - eine Riesenchance für die Kommunalpolitik über dezentrale Energieversorgung und über dezentrale Energiegewinnung nachzudenken und die dann auch Realität werden zu lassen.

Wenn ich über die soziale Frage nachdenke, dann ist das Stichwort »Integration« Eines was nicht der Bundesinnenminister mit einer Versammlung, die vielleicht einmal im Jahr in Berlin stattfindet, wird regeln können, sondern dann werden es die Kolleginnen und Kollegen in den Gemeinderäten, in den Stadträten sein, dann werden es die vielen Ehrenamtlichen sein, in den Stadtteilen, in den Dörfern, die konkrete Arbeit leisten müssen, damit Integration kein Fremdwort in den Kommunen bleibt, sondern gelebte Realität wird, liebe Genossinnen und Genossen.

Und nicht zuletzt das Thema der Bildung. Ganz konkret wird es doch dann, wenn die Kommunalpolitik darüber zu entscheiden hat, welche Schu-



len eigentlich vor Ort angeboten werden, welches Angebot an Ganztagsbetreuung vor Ort angeboten werden kann, zu welchen Tarifen dieses passieren kann. Und da sage ich, liebe Genossinnen und Genossen, es ist dringend an der Zeit, dass wir eine Landesregierung bekommen, die den Kommunen die notwendige Entscheidungsfreiheit gibt – und nicht ein Gesamtschulverhinderungsgesetz! Wir brauchen eine Landesregierung, die Leitplanken setzt, damit die Kommunalpolitiker vor Ort gemeinsam mit allen Beteiligten entscheiden können, welche Schulen sie vor Ort vorhalten wollen. Der derzeitige Zustand, liebe Genossinnen und Genossen, ist skandalös!

Wir bleiben bei unserer Einladung an Herrn Wulff, darüber zu sprechen und aus den ideologischen Gräben herauszukommen und endlich das zu tun, was vor Ort erforderlich ist. In den letzten Tagen, liebe Freundinnen und Freunde, – seit dem die neue Koalition in Berlin regiert – erleben wir dann noch etwas, das dann ans Eingemachte geht bei den Kommunen. Das was wir dort an Steuersenkungsplänen der Bundesregierung hören, was ja immer wieder, trotz viel Streit zwischen CDU und FDP - auch von verschiedenen Leuten dort bestätigt wird -, das wird die schwierige Situation der Kommunen massiv verstärken. Und deswegen muss von diesem Kongress auch das Signal ausgehen, dass

wir Herrn Wulff und seine Landesregierung ohne wenn und aber auffordern, mit Blick auf die eigene Situation, aber auch mit Blick auf die Kommunen, die Steuersenkungspläne der Bundesregierung im Bundesrat abzulehnen. Aber Herr Wulff muss nicht nur im Bundesrat für die Kommunen kämpfen und die Steuersenkungspläne ablehnen. Er muss auch vor der eigenen Haustür kehren und er muss endlich die Kürzung im eigenen Finanzausgleich gegenüber den niedersächsischen Kommunen wieder rückgängig machen, damit wir die Handlungsfähigkeit zurückbekommen, die notwendig ist.

Liebe Genossinnen und Genossen, dieser Kongress hat mehrere Hundert Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Wir freuen uns, dass im Laufe des Vormittages der neue Parteivorsitzende Sigmar Gabriel zu uns kommen wird. Aber ich freue mich jetzt schon, dass der amtierende Bundesvorsitzende der Sozialdemokratischen Gemeinschaft der Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, der Oberbürgermeister unserer Landeshauptstadt Stephan Weil hier ist, herzlich willkommen!

Zu Gast in Niedersachsen nicht zum ersten Mal, aber nicht von hier kommend, sondern mehrere hundert Kilometer weit entfernt wohnend, einer der erfolgreichsten sozialdemokratischen Kommunalpolitiker, die wir kennen, mit Ergebnissen wiedergewählt, von denen auch wir, auch in unseren



Hochburgen hier in Niedersachsen gelegentlich nur zu träumen wagen. Mit über 60 % immer wiedergewählt worden, ganz herzlich willkommen, wir freuen uns, dass er heute hier ist: Christian Ude, der Oberbürgermeister aus München.

In Hannover über Kommunalpolitik zu reden, und er wäre nicht dabei, dass käme uns komisch vor und deswegen freue ich mich, dass der Vorgänger von Stephan Weil, er hatte 34 Jahre das Amt inne, er ist es mit 28 Jahren damals geworden, dass er heute hier ist, Herbert Schmalstieg, sehr schön, dass du bei uns bist.

Stellvertretend für euch, die ihr verschiedene Funktionen in den Kommunen inne habt, darf ich begrüßen und das zeigt, wie stark wir auf dieser Ebene aufgestellt sind. Stellvertretend darf ich begrüßen, den Präsidenten des niedersächsischen Städtetages, Ulrich Mädge, aus Lüneburg, herzlich Willkommen. Den Bernhard Reuter, den holen wir dann nach, der ist noch auf dem Weg. Aber ich freue mich auch, dass hier sind, Franz Einhaus als Vorsitzender der SGK und Hauke Jagau als Präsident der Region Hannover, seid uns beide herzlich willkommen.

Wir müssen in den Kommunen stark sein, aber wir müssen – ich hab das angedeutet – eben auch im niedersächsischen Landtag die Landesregierung in diesen Themen treiben, wir müssen sie zu Ver-

änderungen zwingen. Ganz herzlich willkommen unser Fraktionsvorsitzender gemeinsam mit zwei seiner Stellvertreter, die ich ausdrücklich begrüße. Nämlich für den Bereich Bildung Frauke Heiligenstadt und für den Bereich Innen Johanne Modder, Wolfgang Jüttner als Fraktionsvorsitzender, herzlich Willkommen, schön dass ihr da seid.

Ich bin sicher, dass dieser Kongress nachher in den Foren intensiv diskutiert wird und jetzt sehr genau zuhören wird bei den Reden, die wir gleich hören werden. Aber dabei darf es natürlich nicht bleiben. Und deswegen haben wir als Landesvorstand einen klaren Plan auch für die nächsten Jahre. Wir werden die Arbeit der Nachwuchsförderung über die Kommunalakademie weiter intensivieren. Wir werden verschiedene Angebote machen über Bildungsveranstaltungen, damit wir junge Leute, neue Leute dazu bekommen, Frauen und Männer, die einsteigen wollen in die Kommunalpolitik, die vielleicht bisher schon im Elternrat ihre Arbeit machen, aber noch nicht bei uns sind – und wo wir gucken wollen, dass sie mit zu uns gehören, damit wir als Kommunalpartei in Niedersachsen weiter an Stärke gewinnen. Ganz wichtig ist es, dann gemeinsam zusammenzuarbeiten mit anderen Organisationen oder Initiativen, die sich ein Thema vornehmen und sagen, da wollen wir Veränderungen. Ein solches Thema, ich habe es angesprochen, ist



das der Bildungspolitik. Und ihr habt gehört, dass es in Niedersachsen ein Volksbegehren gibt für gute Schulen. Und ich freue mich ganz besonders, dass einer der Initiatoren jetzt gleich nach mir hier sprechen wird und heute unser Gast ist. Andreas Henze, als einer der Initiatoren des Volksbegehrens, ganz, ganz herzlich willkommen hier bei uns auf dem Kommunalkongress.

Und jetzt darf ich, weil es fast wie abgesprochen ist, dass während ich hier oben noch stehe, er hineinkommt, unseren neuen Parteivorsitzenden begrüßen, Sigmar Gabriel.

Lieber Sigmar, du hast ganz spontan zugesagt als du gesehen hast, dass wir diesen kommunalpolitischen Kongress hier machen. Du hast gesagt, da möchte ich gerne dabei sein. Und es ist in Dresden auf dem Parteitag ja über viele Dinge gesprochen worden, aber ich bin ganz sicher, dass in Dresden Eines ganz klar geworden ist: nämlich, dass die Arbeit in den Kommunen auch die Aufmerksamkeit derjenigen, die in Berlin Verantwortung tragen, verdient. Wir müssen uns darum kümmern, dass die Kommunalpolitik ein noch stärkeres Gewicht in unserem Auftreten erhält. Und auch deswegen hat es so ein hervorragendes Ergebnis für dich gegeben, weil du sehr glaubwürdig in Deiner Rede dieses zu Deinem Thema gemacht hast und deswegen freuen wir uns, dass schon quasi als einer deiner ersten

Amtshandlungen als Parteivorsitzender du hier nach Hannover gekommen bist und nachher zu uns sprechen wirst. Jetzt darf ich dem Andreas Henze, als Initiator des Bürgerbegehrens das Wort erteilen. Danke für eure Aufmerksamkeit!

Ich wünsche uns allen einen erfolgreichen Kongress und einen erfolgreichen Aufschlag für die Kommunalwahl 2011. Das ist dann ein ganz wichtiger Baustein dafür, dass wir 2013 hier in Niedersachsen die Geschicke wieder in die Hand nehmen können und eine Politik machen werden für die Bürgerinnen und Bürger in den Kommunen unseres Landes. Herzlichen Dank!

Rede des Oberbürgermeisters von Hannover Stephan Weil



Liebe Genossinnen und liebe Genossen, guten Morgen, herzlich willkommen in Hannover! Das ist jetzt heute Vormittag schon der zweite schöne Anblick, der sich mir bietet. Der Erste war um 10 Uhr, als die hannoverschen Jusos in revolutionärer Disziplin, zum ersten Mal seit einer Reihe von Jahren, eine Vollversammlung durchgeführt haben. Und das war ein schöner Anblick, der sich mir da bot; viele motivierte, junge Leute. Und jetzt komme ich hier her und sehe 700 top motivierte Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker aus ganz Niedersachsen vor mir.

Und ich glaube da gibt es auch einen Zusammenhang. Ich glaube, vielen geht es so wie mir. Nachdem wir den ersten Schock des 27. September hinter uns gebracht haben, haben wir uns gesagt, das ist jetzt auch eine Frage der Ehre, das kann nicht so stehen bleiben, die SPD wird wieder kommen, in Deutschland, in Niedersachsen und in den Kommunen.

Und natürlich hättet ihr euch keinen besseren Ort für diesen Kommunalpolitischen Kongress aussuchen können, nicht nur weil Hannover bekanntlich die schönste Stadt der Welt ist. Da muss der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München jetzt ganz, ganz stark sein. Sondern auch, weil diese Stadt seit 1946 ununterbrochen sozialde-

mokratisch regiert wird. Oberbürgermeister werden hier – das habt ihr gehört - im Durchschnitt für 34 Jahre gewählt. Wir haben ein stabiles rot-grünes Bündnis, das jetzt seit 22 Jahren ununterbrochen Verantwortung übernimmt. Deswegen wissen wir hier in Hannover ganz genau, wie wichtig Sozialdemokratie für eine gesunde Entwicklung unserer Stadt ist. Und so wollen wir es auch in Zukunft halten. Bei den Kommunalwahlen 2011 wissen wir alle, das wird kein Selbstgänger. Das wird schwierig werden und da wird sich zeigen, ob wir die Zeit seit den Bundestagswahlen genutzt haben für ein Comeback der SPD. Die niedersächsischen Kommunen gehen mit sage und schreibe 4,5 Milliarden Euro Kassenkrediten in die Krise hinein. Das muss man sich mal vorstellen, 4,5 Milliarden Euro, die wir als Kommunen in Niedersachsen, allein für laufende Ausgaben, an Schulden haben aufnehmen müssen. Und zur gleichen Zeit, wo wir sehen, das alles noch viel schwieriger wird, beteiligt sich unsere Landesregierung daran, dass unsere Kassen im Rahmen von Steuergesetzgebung jetzt erst richtig geplündert werden sollen. Ich finde schon allein das sollte uns kräftig motivieren in den nächsten Monaten.

Und gleichzeitig wird betont, wie wichtig alles das ist, was wir in den Rathäusern so treiben. Bildungsrepublik Deutschland haben die Schwarz-Gelben ihr Koalitionsprogramm in einem wichtigen



Teil genannt. Was sie sich darunter vorstellen, dass sehen wir dann auch in den Städten und Gemeinden. Zum Beispiel beim sogenannten Betreuungsgeld, wie es verniedlichend genannt wird. Ich sage euch das mal an einem ganz einfachen kommunalen Beispiel. Ich mache im Moment eine Tournee durch die hannoverschen Moscheen. Davon gibt es in Hannover über 20. Und wenn ich da bin, sage ich immer, bitte meldet eure Kinder so früh wie möglich in die Krippen und in die Kindergärten an. Damit sie so früh wie möglich in unser Bildungssystem integriert werden, damit sie so früh wie möglich deutsch lernen und wirklich eine gute Schulperspektive vor sich haben. Und dann sagen die mir manchmal, das sei aber ein bisschen teuer. Und wenn ich denen antworte, dass muss euch aber die Zukunft eurer Kinder wert sein, dann habe ich noch nirgendwo Widerspruch gehört. Wenn jetzt aber die selben Leute hören, sie kriegen 150 Euro monatlich vom deutschen Staat dafür, dass sie ihre Kinder nicht in die Kindergärten anmelden, dann fragen die mich, ob ich Fieber habe. Nein, Genossinnen und Genossen.

An so einem Beispiel wird doch deutlich, dass es nicht egal ist, was abstrakt im Bundesgesetzblatt steht, die Wahrheit, die findet in den Städten und Gemeinden statt. Kommunalpolitik, das ist nicht der Besenwagen deutscher Politik. Kommunalpolitik ist

Gesellschaftspolitik. Wir gestalten die Zukunft dieser Gesellschaft, liebe Genossinnen und Genossen!

Es ist wahr, die SPD wird für ihr Comeback, starke Kommunen, gute Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker benötigen. Davon haben wir in Niedersachsen reichlich, das sieht man von hier oben sehr gut. Aber umgekehrt wird auch ein Schuh daraus. Wir in den Kommunen, wir brauchen eine starke SPD, wir brauchen eine starke kommunalfreundliche Partei im Land und im Bund, weil wir letztlich abhängig sind davon, dass dort gute Politik gemacht wird. Und deswegen freue ich mich über diesen Kommunalpolitischen Kongress. Er dient unserer Selbstvergewisserung, er dient aber auch dazu, Kraft zu tanken, Energie zu tanken und in den nächsten Monaten bis 2011 energisch nach vorne zu gehen und dann bin ich sicher, wird 2011 das Jahr sein, in dem das Comeback der SPD in Niedersachsen und in den Rathäusern und Gemeinden sehr, sehr deutlich wird. Herzlich Willkommen in Hannover, ich wünsche euch, uns allen einen guten Kongress. Schönen Dank!

Rede des Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel, MdB



Lieber Garrelt, ich habe zwölf Jahre Kommunalpolitik im Stadtrat und im Kreistag gemacht. Der Christian Ude hat etwas scherzhaft gesagt, das sei ein hartes Schicksal. Ich habe das immer so empfunden, dass diejenigen, die auch oder zuerst in der Kommunalpolitik gewesen sind bevor sie Landes- oder Bundespolitiker geworden sind, dass die davon immer profitiert haben. Du bist nirgendwo so dicht dran an den Bedürfnissen, an den Sorgen, an den Hinweisen von Menschen wie in der Kommunalpolitik. Und der Unterschied ist halt, dass der Bundestags- oder Landtagsabgeordnete gelegentlich gesehen wird, weil er einen größeren Wahlkreis hat, aber wenn der Oberbürgermeister oder Bürgermeister über den Marktplatz geht und eine Woche nachdem er Leute getroffen hat, die Probleme noch nicht erledigt hat, dann hat er die wieder am Hals. Ich glaube, das hilft bei der Bodenhaftung. Insofern ist Kommunalpolitik eine gute Schule.

Aber erstmal lieber Garrelt, lieber Stephan, lieber Christian Ude, liebe Genossinnen und Genossen, vielen Dank dafür, dass ich herkommen durfte. Ich habe das sehr gerne gemacht, weil die niedersächsische SPD aus eigenem Antrieb und aus eigenen Überlegungen das tut, was wir – wie ich glaube – bundesweit auch als Sozialdemokraten machen müssen. Wir müssen der Kommunalpolitik dauer-

haft einen größeren Stellenwert in der gesamten Parteiorganisation geben – auch auf Bundesebene, liebe Genossinnen und Genossen.

Ich sage das nicht nur vor dem Hintergrund des Spruchs den ja Sozialdemokraten oft anwenden, dass das Wiedererstarken nach einer Niederlage für die deutsche Sozialdemokratie oft aus den Kommunen herausgekommen ist. Das stimmt. Aber das ist nicht der eigentliche Grund, warum ich auch auf dem Parteitag in Dresden dazu etwas gesagt habe. Ich glaube, Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kümmern sich in unserem Land um gesellschaftliche Integration. Jenen Menschen, denen es nicht so gut geht, denen soll die Möglichkeit gegeben werden, ihr Leben zu verbessern oder jedenfalls ein würdiges Leben zu vollziehen. Gemeinsam mit denen, die in dieser Gesellschaft ihren Platz gefunden haben, denen es vielleicht ein bisschen besser geht. Da wollen wir Deutsche und Ausländer zusammenbringen, Junge und Alte, gut Ausgebildete und weniger gut Ausgebildete, Männer und Frauen. Sozialdemokratie bemüht sich um gesellschaftliche Integration und den Zusammenhalt der Gesellschaft. Wir wollen, dass der Lebensweg von Einzelnen offen ist, dass Menschen was machen können aus ihrem Leben. Aber wir wollen uns auch immer kümmern um die, die sozusagen neben uns sind. Übrigens nicht nur im eigenen Land



– auch mit Blick auf andere Länder. Und wir merken ja, dass das seit geraumer Zeit auseinander läuft. Das wir eine gesellschaftliche Tendenz haben, in der auf der einen Seite der Zusammenhalt ein Stück verloren geht, auf der anderen Seite viele Menschen auch die Sehnsucht danach haben, dass sie sich irgendwo noch sicher und gut aufgehoben fühlen. Die Welt scheint sich ja immer schneller zu drehen. Alles Mögliche verändert sich. Ich glaube, es gibt nur ganz Wenige, die das toll finden. Ich glaube, dass es ganz viele Menschen gibt, die auch einen Ort haben wollen, wo sie sicher leben. Und wo sollte das besser sein als der Ort an dem sie wohnen, arbeiten, die Kinder zur Schule gehen, Freunde leben, sie im Sportverein sind, im Ehrenamt was machen; also unsere Städte und Gemeinden. Ich glaube, ganz unabhängig von der Frage, dass Sozialdemokratie über die Kommunen wieder stark werden kann, müssen wir stärker im Bewusstsein der Politik verankern, dass Städte und Gemeinden die Orte gesellschaftlicher Integration sind. Sie sind mehr als eine Holding zur Abwasserbeseitigung oder zur Organisation des öffentlichen Nahverkehrs.

Es sind die Orte – wie Stephan Weil sagt –, wo das Leben konkret wird. Ob Deutsche und Ausländer gut miteinander leben können in Deutschland, das regelt am Ende nicht das Zuwanderungsgesetz, sondern die Frage ob Städte so gut ausgestattet sind,

dass sie Ghettobildung verhindern können, dass sie Kindergärten vernünftig ausbauen können, dass sie Frühförderzentren haben, dass sie Sportförderung betreiben können, dass sie Musikschulen und Volkshochschulen haben, dass sie all das machen können wo gesellschaftliche Integration zwischen Deutschen und Ausländern stattfinden soll. Ob wir in der Kinder- und Jugendarbeit Erfolg haben, hat natürlich was mit dem Schulsystem zu tun.

Wobei, bei der Frage, ob man das Abitur in Zwölf Jahren machen muss, wird ja immer gesagt, das mache man, weil der Rest Europas es auch in zwölf Jahren schaffe. Dabei wird meistens vergessen, dass der Rest Europas das in Ganztagschulen macht und wir in Halbtagschulen. Ich nehme an, dass die, die das ausgerechnet haben, selber 14 Jahre zum Abitur gebraucht haben, sonst wäre ihnen das aufgefallen.

Natürlich ist Schule wichtig, aber wir wissen doch, dass viele andere Dinge auch – zum Beispiel eine außerschulische Jugendarbeit – von großer Bedeutung sind. Ich finde zum Beispiel, dass wir Kindergärten zu Frühförderzentren ausbauen müssen. In denen mit Eltern und Kindern gearbeitet wird, in denen Sprachförderung da ist. Das alles hängt davon ab, ob eine Stadt, eine Gemeinde, ein Kreis am Ende all dies finanzieren kann. Dass heißt Städte und Gemeinden sind Orte der gesellschaftlichen



Integration! In der Sozialpolitik war eine der großen Errungenschaften nach 1990, als die Sozialdemokraten mit den Grünen in Niedersachsen hier die Regierungsmehrheit errungen hatten, dass wir uns gekümmert haben, um den Ausbau von Obdachloseneinrichtungen, von Bewährungseinrichtungen, von Drogenberatungsstellen in Niedersachsen. Und zwar weil die Städte und Gemeinden das nicht allein konnten, wir haben das mit ihnen gemeinsam organisiert und finanziert. Ein Akt gesellschaftlicher Integration, nicht Leute am Boden liegen lassen, sondern ihnen beim Aufstehen helfen, immer wieder, egal wie häufig. Deswegen glaube ich, ist die Kommunalpolitik - wenn sie sich als Integrationsebene versteht - in vielerlei Hinsicht das beste Beispiel für das sozialdemokratische Verständnis vom Zusammenleben in unserem Land. Deswegen ist sozialdemokratische Kommunalpolitik oft so erfolgreich, deswegen ist sie ein gutes Beispiel dafür, wie wir zusammenleben wollen, aber deswegen muss Bundes- und Landespolitik in ihren Verantwortungsbereichen alles dafür tun, dass Städte und Gemeinden diese Integrationsaufgabe auch erfüllen können. Das ist die Aufgabe und deswegen glaube ich, muss es darum gehen, noch stärker zusammenzurücken.

Wenn wir also auf Bundesebene ein sozialdemokratisches Steuerkonzept der SPD entwickeln,

dann kann man das nicht machen, ohne Austausch mit den Kommunalpolitikern. Ich weiß, wie wichtig der SPD das Thema Vermögenssteuer ist, aber noch viel wichtiger ist die Frage: »Wie sichert ein solches Steuerkonzept die kommunale Finanzbasis? Und zwar auch außerhalb der Gewerbesteuer. Wie schaffen wir es, dass im Zentrum sozialdemokratischer Steuerpolitik steht, dass Städte und Gemeinden ihrer Integrationsaufgabe von Deutschen und Ausländern, Jungen und Alten, Männern und Frauen, Arbeitnehmern und Arbeitslosen besser gerecht werden kann. Dies geht nur, wenn wir beim Parteivorstand der SPD eine Institution haben von Kommunalpolitikern, die wir nicht nur ein paar Mal im Jahr einladen, um denen zu erklären wie gut wird sind, damit sie es bitte zu Hause erzählen. Sondern denen wir sagen: »Prüft mal unsere Konzepte, unser Steuerkonzept, ob wir eigentlich euren Ansprüchen gerecht werden.« Das ist der Grund warum wir verabredet haben, gemeinsam mit der SGK, eine ständige Konferenz der sozialdemokratischen Kommunalpolitiker beim Parteivorstand einzurichten, die genau das leisten soll, die Überprüfung sozialdemokratischer Politik auf die Frage hin: Fördern wir damit die Kommunalpolitik und die Integration in unserer Gesellschaft? Ja oder Nein? Dafür wollen wir in den nächsten Wochen uns eine vernünftige Struktur überlegen. Das dürfen nicht nur Haupt-



amtliche sein, da müssen auch ehrenamtliche Kommunalpolitiker dabei sein.

Das muss etwas Selbstverständliches in der SPD werden, deswegen glaube ich, machen die Niedersachsen mit diesem Auftakt genau das, was wir auf Bundesebene machen wollen. Also Garrelt, von Niedersachsen lernen, heißt siegen lernen in diesem Fall, in anderen Fällen auch. Auch wenn Christian Ude aus München kommt. Ich sag jetzt nicht, wer München gegründet hat, Christian. Das mache ich nicht, weil ich weiß, Du redest nach mir und solche Gefechte mit Dir verliert man. Deswegen lass ich das lieber sein. Und es sieht ja nicht wirklich gut aus und – ich meine – darüber werdet ihr diskutieren. Wir haben kommunale Steuereinnahmen, ich habe mir das mal raussuchen lassen, die waren im ersten Halbjahr 2009 um 9 Prozent geringer als im Vorjahreszeitraum 2008. Die Gewerbesteuererinnahmen alleine sind um fast 15 Prozent gesunken. Die Zuweisung der Länder für kommunale Investitionen um mehr als 10 Prozent. Und wir wissen, dass es im nächsten Jahr weiter zurückgeht. Die Einnahmen der Kommunen sinken um 7,7 Milliarden Euro – minus 10 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Und 2010 wird nicht der Abschluss dieser schwierigen Entwicklung sein. Und in dieser Situation, wo die Lage für die Kommunen ohnehin schon schwierig ist, gibt es eine Regierungsmehrheit von CDU/CSU

und FDP, die das noch mal katastrophal verschlechtern wird, liebe Genossinnen und Genossen. Denn wenn man 24 Milliarden Euro Steuergeschenke verteilt, dann wissen wir doch alle, dass davon 12 Milliarden als Mindereinnahmen bei Ländern und Kommunen ankommen und jeder Bürgermeister kann sich doch ausrechnen, was das für seinen kommunalen Haushalt heißen wird. Das heißt, da werden 24 Milliarden verschenkt. In der Regel an Leute, die es nicht nötig haben.

Da wird uns übrigens erzählt, es sei ein Wachstumsimpuls. Der Wachstumsimpuls wird dazu führen, dass die jetzt schon so hohe Sparquote von 11 Prozent weiter ansteigt. Übrigens: der große Anteil der Steuerentlastung findet bei denen statt, die selbst eine Sparquote haben von über 15 Prozent, manchmal 20 Prozent. Da findet die große Entlastung statt, das heißt, die Sparquote wird steigen. Es wird nichts ankommen bei der Belebung der Binnennachfrage, aber es wird dramatische Einbrüche zur Folge haben bei der kommunalen und bei der Landesinvestitionstätigkeit und wir werden Tausende von Arbeitslosen mehr im Baugewerbe bekommen, bei den Investitionen, beim Schulbau, beim Bau von Krankenhäusern, im Straßenbau. Überall dort werden die Leute keine Aufträge mehr bekommen, weil die kommunalen Aufträge weg brechen werden. Was die derzeitige Regierung da



aufgelegt hat, liebe Genossinnen und Genossen, das ist das Gegenteil von Wachstumspolitik!

Das heißt, die Volksinitiative kann sich gleich fragen, wie die Lehrer eigentlich in Zukunft bezahlt werden sollen. 10 Prozent ist der Anteil des Landes Niedersachsen an der Einkommenssteuer. Wenn 12 Milliarden den Ländern fehlen, dann werden dem Land Niedersachsen 1,2 Milliarden Euro Einnahmen fehlen. Das sind Einnahmen, die fehlen bei Kindergärten, bei Schulen, bei Universitäten und bei Investitionen. Das bedeutet, was am Nötigsten ist, Investitionen in Bildung, das wird am schwierigsten zu realisieren sein. Das ist eine große Doppeltzungigkeit des Ministerpräsidenten dieses Landes, der öffentlich erklärt, man müsse in Bildung investieren und gleichzeitig in Berlin als stellvertretender CDU-Parteivorsitzender zustimmt, dass die dafür notwendigen Investitionen ruiniert werden. Das ist aber noch nicht alles. Als nächstes kommt dann noch hinzu, dass angeblich Wettbewerbsgleichheit kommunaler Unternehmen mit den privaten Unternehmen hergestellt werden soll. Was nichts anderes heißt als dass dort vorbereitet wird, dass die kommunalen Unternehmen für die Leistungen der Daseinsvorsorge Mehrwertsteuerpflichtig werden. Ich finde, dass es guten Grund gibt, darüber die Bürgerinnen und Bürger aufzuklären. Wenn wir nicht aufpassen, dann werden in der Folge dieser

Steuersenkungspolitik kommunale Einrichtungen schlechter ausgestattet werden. Und die Bürgerinnen und Bürger werden nicht vor dem Kanzleramt demonstrieren oder vorm Außenministerium, bei Herrn Westerwelle, sondern vor den Rathäusern, liebe Genossinnen und Genossen. Die hoffen darauf, dass sozusagen über die Undurchschaubarkeit der Finanzsysteme am Ende die Kommunalpolitiker die politische Zeche zu zahlen haben für den Unsinn, der in Berlin angerichtet wird, liebe Genossinnen und Genossen.

Also, das ist der Grund, warum Sozialdemokraten gut daran tun, den Plänen von Schwarz-Gelb Widerstand entgegen zu setzen, aber auch Alternativen aufzubauen. Und dazu zähle ich beispielsweise die Debatte über ein solches Steuersystem, bei dem wir dafür Sorge tragen müssen, dass Wachstumsimpulse da sind, die nicht über Schulden finanziert werden, sondern zum Beispiel über den Abbau ökologisch unsinniger Steuersubventionen. Das sind insgesamt 50 Milliarden in Deutschland, liebe Genossinnen und Genossen. Wir haben guten Grund auch Alternativen dem entgegen zu setzen und nicht nur zu kritisieren was Schwarz-Gelb tut. Ich hoffe, dass das nur ein erster Auftakt ist, dass wir in den nächsten Wochen und Monaten nicht nur in Niedersachsen dafür Sorge tragen, dass wir die Kommunalpolitik mobilisieren – auch gegen das,



was da geplant ist. Wir müssen gleichzeitig dafür sorgen, dass bei unseren eigenen Politikkonzepten die Integrationsleistung von Städten und Gemeinden im Mittelpunkt steht. Und wir müssen unsere Politik zwischen Bund, Land, Europa und Kommunen – besser als wir dies häufig in der Vergangenheit getan haben – miteinander verzahnen, liebe Genossinnen und Genossen.

Stephan Weil hat zu Recht gesagt, dass wir natürlich Grund haben, über die Wahlniederlage des 27. September 2009 in der Partei ausführlich zu diskutieren. Wir müssen aber auch aufpassen, dass wir nicht zur Selbsterfahrungsgruppe werden, sondern wir müssen die Konsequenzen ziehen. Wir müssen die andere Seite attackieren. Man kann ja kaum noch von einem Fehlstart sprechen. Das ist ja schon der Bruch des Amtseides, den die da hinlegen. Sie haben versprochen, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden und nicht Schaden im deutschen Volk anzurichten. Das machen sie aber derzeit, liebe Genossinnen und Genossen.

Lasst uns Städte und Gemeinden als den wichtigsten Ort gesellschaftlicher Integration verstehen und übrigens bei unseren Konzepten – das will ich vielleicht am Ende noch sagen - immer darauf achten, dass wir nicht nur dafür streiten, dass wir die Finanzgrundlage für die gesetzlichen Pflichtaufgaben sicherstellen. Sondern lasst uns deutlich

machen, dass was gesetzlich als freiwillige Leistung gilt, zu fast 100 Prozent das ist, was Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten als politische Pflichtleistungen verstehen, liebe Genossinnen und Genossen. In diesem Sinne vielen Dank und Glück auf. Und jetzt ist – glaube ich – Christian Ude dran und ich war vorsichtig mit spöttischen Bemerkungen über die Gründung Münchens. Alles Gute.

Rede des Oberbürgermeisters von München Christian Ude



Vielen Dank für eure Einladung, liebe Genossinnen und Genossen!

Lieber Sigmar Gabriel, über Heinrich den Löwen brauchen wir nicht mehr zu streiten. Es ist ja unbestreitbar und anerkannt, dass er München gegründet hat. Ich möchte nur hinzufügen, immerhin waren es wir dann, die 850 Jahre lang etwas aus der Stadt gemacht haben!

Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe eine sehr wichtige, sehr gute Nachricht für euch. Und das meine ich vollkommen ernst. Nachdem ich seit Jahrzehnten Kommunalwahlkämpfe überall in Deutschland begleite, glaube ich, Wahlergebnisse voraussagen zu können. Und zwar bereits ein Jahr im Voraus. Denn bereits da sieht man an den Werbemitteln – nicht, dass ich viel von Werbemitteln halte, die schaut kein Mensch an und niemand liest sie durch –, ob die Partei weiss, welche Botschaften sie unter die Leute bringen will. Ob sie sich auf Aussagen verständigt hat, die dann die letzten 12 Monate verbreitet werden sollen. Und deswegen kann ich sehr wohl anhand der Werbemittel, die es ein Jahr vorher gibt, sagen, ob die Kampagne hinhauen wird oder ins Leere geht. Und man kann es – das ist jetzt der interessante Teil – sogar zwei Jahre vorhersagen, ob etwas gut geht oder ob es schief geht. Erfolgreiche Kampagnen erkennt man immer daran, dass es zwei Jahre vor dem Wahltermin bereits Konferenzen mit

gutem Besuch und hoch motivierten Mitwirkenden gibt - das meine ich ganz ernst! Denn da ist noch Zeit, Prozesse einzuleiten, Netzwerke aufzubauen, Fehler auszubügeln, Pluspunkte zu sammeln. Ich hasse es, wenn ich vier oder gar drei Wochen vor einer Kommunalwahl eingeladen werde und dann den eigenen Genossinnen und Genossen sagen soll, warum eine Kommunalwahl wichtig ist. Da ist dann Hopfen und Malz schon verloren, wie der Bayer sagt. Aber Glückwunsch zu einer Konferenz, die derart überzeugend einberufen wird und verfasst ist – zwei Jahre vor der Kommunalwahl, so macht man das.

Und dann sehe ich darüber hinweg, dass Kommunalpolitik eigentlich nur einen schwerwiegenden Nachteil hat: Immer kommt irgendjemand daher, der einem das Wochenende verpatzt. Das war in diesem Fall der niedersächsische Landesverband. Ich trage es mit Fassung.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben das wohl alle gespürt. Stephan Weil hat es schon ausdrücklich angesprochen, dass es jetzt nicht nur um irgendeine Wahl, die turnusmäßig ansteht, geht – sondern tatsächlich um eine Wahlentscheidung in zwei Jahren, die von ganz grundlegender Bedeutung ist. Für die deutsche Sozialdemokratie – ich sage es so pathetisch – ist es fast schon eine Schicksalsfrage, ob es nach einer niederschmetternden Wahlniederlage bei der Bundestagswahl 2009 wenigstens in



den nächsten Jahren auch mal ein Ereignis gibt, das wieder einen Aufwärtstrend signalisiert. Das hat Bedeutung weit über Niedersachsen hinaus. Kann man in zwei Jahren sagen, dass die SPD wieder zu sich gefunden hat? Aber darüber hinaus auch zur Aktion kam und wieder Bevölkerungsgruppen an sich binden und Erfolge bei Wahlen erzielen konnte? Oder bleibt es beim schrecklichen Befund vom 27. September 2009? Ich will damit zart andeuten: ihr habt eine Verantwortung, die weit über Niedersachsen hinausreicht!

Aber das ist auch für die Städte wichtig! Bleibt die Sozialdemokratie nach diesem Rückschlag eine starke und gestaltende Kraft, die Rathäuser erobern und verteidigen kann? Oder greift ein Erosionsprozess um sich, der sich dann logischer Weise auch noch auf der kommunalen Ebene bemerkbar macht? Die erste Version würde uns Auftrieb geben, die Zweite könnte in eine Depression münden. Deswegen meine ich, diese Kommunalwahlen in zwei Jahren müssen jetzt schon jede Anstrengung wert sein um es zum Guten zu wenden!

Und die Alternative wird ja beklemmend deutlich – Sigmar Gabriel hat es schon angesprochen – und ich muss nach 40-jähriger Beobachtung der Bundesebene aus kommunaler Sicht sagen: mich hat schon gefreut – darauf komm ich noch zurück – wie zumindest in den letzten vier Jahren, so muss

ich es allerdings zeitlich eingrenzen, Sozialdemokraten in der Bundesregierung kommunale Interessen aufgegriffen haben. Dass jetzt ein Parteivorsitzender die kommunale Karte spielt und die kommunale Komponente betont, ist ein wirklicher Glücksfall für die Kommunalpolitik und für die SPD!

Was Schwarz-Gelb zu bieten hat, dass ist ja bereits deutlich geworden – obwohl es noch nebulös verschleiert wird. Da ist auch noch ein Machtkampf nicht ganz ausgestanden. Es geht so weit, dass zu manchen Themen in der Koalitionsvereinbarung auch das pure Gegenteil zu lesen ist. Etwa bei der Frage der Besteuerung kommunaler Unternehmen. Da hat die FDP durchgesetzt, dass kommunale Betriebe gleich behandelt werden sollen wie private Unternehmen. Und an anderer Stelle, dass man keine steuerliche Mehrbelastung wolle. Was aber ein Widerspruch in sich ist! Und jetzt kämpfen liberale Wirtschaftspolitiker und Lobbyisten mit christdemokratischen Bürgermeistern, welcher dieser zwei sich logisch ausschließenden Sätze denn Vorrang haben soll? Ich fürchte, dass sie andernorts schon so viel Steuergeschenke gemacht haben oder machen wollen, dass sie am Ende natürlich bei den Kommunen wieder einsammeln werden. Aber dann müssen wir es ganz groß thematisieren.

Man kann doch nicht mit dem Thema Steuerleichterung antreten und Wahlen gewinnen und



dann ausgerechnet dort, wo es jeden, auch noch den wirtschaftlich schwächsten Haushalt, trifft, durch eine Steuererhöhung zur Mehrbelastung der Privathaushalte beitragen. Genau das wird sich aber, prognostiziere ich, bei der Entsorgung, speziell der Müllabfuhr, herausstellen. Und dann ist es Preistreiberei mit der unten abkassiert wird. Und das soll dann mit dem schönen Wort Koalition der Steuerleichterung präsentiert werden? Das ist der glatte Hohn!

Wir haben aber noch weitere Kampfansagen in der Koalitionsaussage, wenn sie auch recht schüchtern formuliert sind. Ein Thema ärgert mich besonders. Wir haben über ein Jahrzehnt des Streites um den öffentlichen Personennahverkehr hinter uns. Wir hatten marktradikale, neoliberale Vorstöße der europäischen Kommission und wir haben dagegen gesetzt. Es ist ein wichtiges Recht der deutschen Kommunen, das auch aus dem Grundgesetz hervorgeht – nämlich das Recht der kommunalen Selbstverwaltung, dass wir selber entscheiden wollen, ob wir den Nahverkehr ausschreiben oder ob wir ihn mit eigenen Unternehmen selber durchführen. Wir haben alle Register gezogen - gerade als Städtetag haben wir noch auf die Parlamentsfraktionen im Europaparlament Einfluss genommen - und tatsächlich haben wir nach einem Jahrzehnt des Kräftemessens durchsetzen können, Europa erkennt das

Recht der Kommunen an, den Nahverkehr selber zu gestalten, mit privaten Auftragnehmern oder mit eigenen Betrieben. Und kaum ist das in trockenen Tüchern, da kommt eine schwarz-gelbe Koalition daher und schämt sich nicht, diesen Erfolg für ein deutsches Verfassungsrecht auf europäischer Ebene wieder zu Nichte zu machen mit dem verräterischen Satz »Kommerzielle Verkehre müssen bevorzugt werden.« Das ist ein Rückschlag für unsere deutschen Interessen in Europa, der ausgerechnet von der eigenen deutschen Regierung kommt und es ist auch sprachlich verräterisch »Vorrang für den Kommerz«, das ist ja fast eine noch schlimmere ideologische Formulierung als das frühere »Privat vor Staat«, das Herr Rüttgers jetzt nicht mehr wahr haben will – mit dem er aber vor vier Jahren sogar in der Regierungserklärung seine Amtszeit begonnen hat! Das ist die Herausforderung von Schwarz-Gelb, sie halten auch nach der Wirtschaftskrise, auch nach dem Bankrott der Privatisierungsstrategie in vielen Ländern und in vielen deutschen Städten immer noch unbelehrbar daran fest, dass sie sich mit der kommunalen Daseinsvorsorge nicht anfreunden können, sondern der Privatisierung das Wort reden müssen Dagegen müssen wir gemeinsam Front machen, Genossinnen und Genossen!

Um einmal unabhängig von einzelnen Orten die europäische Konfliktlage darzustellen, erzähle



ich gerne von einer Londonreise, die mich tief beeindruckt hat. London, dank Maggy Thatcher, die Musterstadt der Privatisierung. Dort hat der Bürgermeister, es war noch Ken Livingston, den wir mal als linken Sozialdemokraten verehrt haben, aber ihm blieb gar nichts anderes mehr übrig, folgendes Plakat aufhängen lassen, das in U-Bahn Stationen hing und in kommunalen Schaukästen: »If it's yellow, let it mellow.« Das sagt nun jemanden mit flüchtigen Englisch-Kenntnissen, wie mir, zunächst nichts. Also schlägt man nach. »Wenn es gelb ist«, das wissen wir noch, aber wie geht der Text weiter? »Lass es stehen«. Das macht nun keinen großen Sinn, bis man merkt, was einem die Illustration sagen will. Es geht um eine Wassertoilette. Die Botschaft der Londoner Stadtverwaltung nach einem Jahrzehnt der Privatisierung lautet: »Wenn es nur gelb ist, dann zieht bitte nicht ab.« Denn London mit seiner privatisierten Wasserversorgung hat große Wasserversorgungsprobleme in der Sommerzeit. Wenn da jeder, obwohl er nur ein kleines Geschäft macht, abzieht, dann gerät die Wasserversorgung in eine akute Mangelsituation. Man muss sich vorstellen, ich rede hier nicht von einem indischen Dorf oder einem afrikanischen Kraal, sondern ich rede von der einst stolzen Hauptstadt des Britischen Empire, einer Weltmetropole!

Aber die hat mit Privatisierung diesen Zustand erreicht, den ich auch mit zwei anderen Zahlen beschreiben kann. 30 Prozent des Wassers im Netz gehen im Netz verloren. So undicht sind die Leitungsnetze! Daher der Mangel. Im Juli, August, wenn Garten- und Rasenflächen gesprengt werden, dann langt's nimmer. Und gleichzeitig hat Thames Water, die privatisierte Wasserversorgung, 235 Millionen Profit im Jahr ausgeschüttet – und zwar nicht lumpige Euro, sondern englische Pfund. 235 Millionen Jahresgewinnausschüttung, aber kein Geld um ein derart undichtiges Netz instand zu halten! Man kann sich ja auch anders behelfen, man muss ja nicht immer gleich ziehen. Das ist der zivilisatorische Triumph der Privatisierungsstrategie in seiner reinsten Form.

Und jetzt will ich aber fair genug sein, zu sagen, was beim Gespräch mit Thames Water vorgebracht wird. Sie sagen, das sei sicher erschütternd, aber es liege daran, dass seit viktorianischen Zeiten nicht mehr in das Wassernetz investiert worden sei. Die Probleme gehen also auf mehr als ein halbes Jahrhundert Versäumnisse in öffentlicher Hand zurück. Und das Erschreckende ist: das stimmt! Es stimmt – und damit haben wir den gesamten Zyklus. Es beginnt mit der Unterfinanzierung von Kommunen, die in ihrer Finanznot weder zu Neuinvestitionen noch zu Instandsetzungen in der Lage sind.



Wenn es ganz marode geworden ist, sagt man, die öffentliche Hand kann es nicht. Wir brauchen privates Kapital. Man privatisiert also – und die Privatisierer sagen, was sie immer gesagt haben, nämlich, dass sie schon eine vernünftige Rendite für ihren Kapitaleinsatz haben wollen. So wird die Wasserversorgung zum gewinnträchtigen Geschäft, wobei wiederum nicht genügend Geld übrig bleibt, um das marode Netz endlich instand zu halten. Der Zusammenhang ist mir wichtig! Das Unterfinanzieren der Kommunen ist ein wesentlicher Bestandteil der »Thatcherschen Strategie« gewesen, um die Privatisierung zu erzwingen. Erst wenn die unterfinanzierte Kommune nicht mehr in der Lage ist, die Daseinsvorsorge gut zu gewährleisten, ist es attraktiv zu sagen, die können es nicht, wir brauchen private Unternehmer – die können besser wirtschaften. Dieser Gesichtspunkt ist mir wichtig, denn ich habe die große Sorge – aber das ist nicht originell, die müssen wir alle haben –, dass jetzt die Finanznot in Folge der Finanzkrise abermals genutzt wird, damit ausgerechnet die größten Bankrotteure, nämlich die Repräsentanten der entfesselten Finanzmärkte, wieder daherkommen und sagen: »Die Kommunen, die die Finanzkrise ja auszubaden haben, die können nicht vernünftig mit Geld umgehen. Ihr müsst uns diese Geschäftszweige übergeben.« Und deswegen meine ich, darüber muss gesprochen wer-

den: wer verantwortet jetzt eine Unterfinanzierung der Kommunen und welche strategischen Hinterabsichten hat er? Das ist doch eine ganz finstere Machenschaft!

Und Sigmar Gabriel hat Zahlen genannt. Alles was allein im Zuge der Steuererleichterungen den Kommunen weggenommen wird, ist weit mehr als die Bezuschussung der Kinderbetreuung, die wir jahrzehntelang mit Dankbarkeit quittieren sollen – im übrigen auch weit mehr als das verdienstvolle Investitionsprogramm II. Das müssen wir zum zentralen Thema machen! Schwarz-Gelb nimmt den Kommunen mehr als die Kommunen unter den verschiedensten Vorzeichen in der Vergangenheit erhalten haben und Schwarz-Gelb verschärft eine ohnehin schon dramatische Krisensituation der kommunalen Haushalte, die durch konjunkturbedingte Mindereinnahmen und konjunkturbedingte Sozialmehrausgaben gekennzeichnet ist in einer schlichtweg unverantwortlichen Art und Weise.

Genossinnen und Genossen, wenn es uns nicht gelingt, diesen zentralen Aspekt so klar zu machen, dass ihn wirklich jede Endverbraucherin und jeder Endverbraucher kommunaler Leistungen versteht, dann wird man nur uns, weil wir in vielen Rathäusern für die Kommunen stehen oder für die Kommunalpolitik in künftiger Zeit gerade stehen wollen, verantwortlich machen und das darf



nicht gelingen. Wenn Bäder geschlossen werden, was landesweit der Fall ist, wenn Bibliotheken geschlossen werden, wenn Gebühren steigen, wenn Eintrittspreise steigen, wenn Kita-Gebühren nicht erlassen werden können, dann hat es immer mit der Finanzausstattung der Kommunen zu tun. Aber der schwarz-gelbe Trick ist, nicht über die Ursachen zu reden, sondern ganz scheinheilig dann sogar in den Kommunen zu sagen: »Auch Liberale sind für Gebührenfreiheit im Kindergarten« oder »Liberale blutet das Herz, wenn eine Stadtbibliothek geschlossen wird.« Das müssen wir doch mal angreifen!

Ich sag es mal etwas markig: wer so den Kommunen mutwillig Milliarden nimmt, der hat jedes Recht verloren dann kommunale Zusatzleistungen oder Gebührenerkündungen zu fordern. Das ist wirklich nur noch ein Täuschungsmanöver, das wir nicht durchgehen lassen dürfen!

Genossinnen und Genossen, wenn wir für sozialdemokratische Kommunalpolitik werben wollen – und ihr werdet es die nächsten zwei Jahre tun – dann stellt sich natürlich die Frage: was ist denn an der Kommunalpolitik, die wir wollen, sozialdemokratisch? Es gibt ja tatsächlich irritierende Sachverhalte. Wir haben im deutschen Städtetag – Herbert Schmalstieg kann das gleich für Jahrzehnte bestätigen – oft, nicht immer, aber unheimlich

oft, eine völlige Übereinstimmung zwischen roten, schwarzen und grünen Oberbürgermeistern. Also alles was ich über die Gewerbesteuer sage oder über Finanzforderungen der Kommunen, würde Petra Roth aus Frankfurt auch unterschreiben. Und die Kommentare unseres bayerischen Landesvorsitzenden, Hans Scheidinger, CSU Regensburg, sind fast genauso scharf und ablehnend wie das was ich eben über die Koalitionsvereinbarung gesagt habe. Das ist einerseits erfreulich, die Kommunalpolitiker ziehen an einem Strang, aber andererseits erschwert es auch die Bevölkerung für sozialdemokratische Kommunalpolitik zu begeistern.

Viele sagen ja schon, es gibt keine sozialdemokratische oder konservative oder liberale Kommunalpolitik, sondern nur Gute oder Schlechte. Und das hat man ja über Wirtschaftspolitik auch schon mal gesagt. Es soll sogar ein Niedersachse gewesen sein. Und da wird dann die Ratlosigkeit der Partei natürlich größer. Und manchmal weiß man es bei Einzelthemen wirklich nicht mehr. So wie sich Ursula von der Leyen für Kinderbetreuung eingesetzt hat, ist wirklich der programmatische Unterschied zwischen Sozialdemokraten und Christdemokraten bei diesem Spezialthema für viele im Lande nicht mehr erkennbar. Wie war die Welt noch vor 15 Jahren schön, da hat die CSU bei uns in München noch gesagt: »Wer Krippen baut, der will die Eltern



enteignen und die Kinder verstaatlichen.« Da waren noch schöne, knackige Konflikte gegeben und jeder wusste, was sozialdemokratische Politik für Familien mit Kindern ist. Bei Ursula von der Leyen ist der Gegensatz verloren gegangen. Oder: wir waren die Partei mit einem offenen Herz nicht nur für Studentenunruhen, sondern auch für Bürgerinitiativen. Die haben sich eingesetzt, dass Mieter nicht vertrieben werden oder Kinderspielplätze errichtet werden. Sozialdemokraten hatten ein offenes Herz dafür. Aber inzwischen gibt es auch Bürgerbegehren - nicht in Niedersachsen -, sondern in Hamburg, die gegen integrative Schulpolitik sind. Und es gibt Bürgerinitiativen gegen Behinderteneinrichtungen im eigenen Viertel, weil die die Immobilienpreise sinken lassen. Der Anblick von Rollstuhlfahrern soll preismindernd sein. Also: die pauschale Aussage, jede Form von Bürgerinitiative und Bürgerbegehren ist per se schon unterstützungswürdig, würden wir heute auch nicht mehr über die Lippen bringen. Und beim Stichwort »Integration« müssen wir zugeben: die Konservativen haben wirklich dazu gelernt. Sie haben jahrzehntelang wieder besseres Wissen gesagt, Deutschland sei kein Einwanderungsland. Das war die konsequente Verweigerung der Realität. Aber inzwischen gibt es Integrations-Gipfel im Kanzleramt und zumindest eine Verständigung darüber, dass Integration gestaltet werden muss und

nicht verweigert werden darf. Also manche Unterschiede sind uns tatsächlich abhanden gekommen. Und deswegen meine ich, dass eine SPD, die einen Kommunalwahlkampf vorbereitet, gut beraten ist, nicht nur vor Ort die besseren Antworten auf technische Fragen zu geben – das müssen wir ohnehin –, sondern zusätzlich ein gesellschaftspolitisches Profil zu entwickeln. Und ich will hierfür die Stichworte nennen:

Ich halte den Programmsatz: »Mehr Demokratie wagen« von Willy Brandt, nach wie vor für einen Markenkern sozialdemokratischer Stadtpolitik. Das heißt natürlich auch Transparenz der Verfahren, Bürgereinbindung ernst nehmen. Ich meine aber, es heißt auch Eines: Hemmungslose Kungelei bei Aufstellung von Kommunallisten passt zu diesem hehren Anspruch verteuftelt schlecht.

Meistens wird mehr Demokratie ja nur dort versprochen, wo man sich die Unterstützung eigener Forderungen erwartet. Also selbst die CSU ist plötzlich für Bürgerbegehren, aber nur wenn es um die Frage geht, ob die Türken in die EU sollen. Bei allen anderen Fragen, die die Vormachtstellungen der Konservativen in Frage stellen würden, sind sie natürlich dagegen. Aber auch SPD-Kommunalpolitiker sollten Bürgerbeteiligung nicht nur propagieren wo es ihnen gelegen kommt, sondern auch da wo man es wirklich vorleben kann. Und ich meine, das



Thema Listenaufstellung eignet sich sehr gut dafür oder auch die Aufstellung von Spitzenkandidaten und Bürgermeisterkandidaten. Natürlich weiss die Mitgliedschaft unserer Partei wahrscheinlich besser als ein kleiner Funktionärskader, welche Persönlichkeit der Gesamtbevölkerung präsentiert werden soll. Aber es schmälert die Macht der kleinen Funktionärskader und da sollten wir mal ehrlich sein und sagen: Jawoll, wir wollen wirklich mehr Demokratie wagen – sogar in unserem eigenen Beritt!

Zweites Thema: Ich denke, dass sozialdemokratische Stadtpolitik immer in der Finanzpolitik am besten zu erkennen ist. Wir sind für eine sozialgerechte Finanzierung. Leider hat die SPD auch einige Zeit lang sogar Tüten drucken lassen mit der Aufschrift »Steuern senken«. Das musste noch vom Steuerzahler bezahlt werden, dass das Bundespresseamt solche Tüten in Umlauf gebracht hat. Ich hadere heute noch damit, denn eine populistischere Aussage kann es ja gar nicht geben. Es ist nicht mal gesagt worden, welche Steuern um wie viel. Es hieß nur »Steuern senken.« Das ist unsere Verheißung, das halte ich nicht für sozialdemokratisch. Ich glaube sozialdemokratische Kommunalpolitik muss ehrlich sagen wie sie all das was sie in der Kommune realisiert bekommen will, auch zu finanzieren gedenkt. Und deswegen möchte ich für zwei Dinge eintreten.:

Erstens: Wir müssen den Kampf um die Gewerbesteuer wieder zu einem zentralen Thema machen. Ohne Gewerbesteuer gibt es nicht nur keine starken Städte, es gibt dann überhaupt keine handlungsfähigen Kommunen mehr. So schaut es doch aus.

Nun hat Hannover beim Thema Gewerbesteuer keinen besonderen Wohlklang. Es scheint hier ein italienisches Restaurant zu viel zu gegeben, wo mal die Gewerbesteuer sehr schlecht weggekommen ist. Aber in der Zwischenzeit ist doch allen Sozialdemokraten, und dankenswerter Weise der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, und dankenswerter Weise dem ehemaligen sozialdemokratischen Finanzminister Peer Steinbrück klar geworden: Es gibt keinen Ersatz für die Gewerbesteuer. Aber hier präsentiert uns der schwarz-gelbe Koalitionsvertrag die größte Provokation – obwohl wir ein jahrzehntlang rauf und runter berechnet und nachgewiesen haben, dass es für die Gewerbesteuer keinen Ersatz gibt. Weil es nur die Möglichkeit gibt, entweder die Kommunen schlechter zu stellen – was angeblich niemand will – oder aber die Lasten auf die Umsatzsteuer draufzusatteln, also den Verbraucher noch mehr zur Kasse zu bitten. Oder aber mittels Zuschlag die Einkommenssteuer zu erhöhen. Mit anderen Worten also die Berufstätigen zur Kasse zu bitten. Obwohl dies rechnerisch einwand-



frei nachgewiesen ist durch wissenschaftliche Studien und durch Berechnungen des Bundesfinanzministeriums, steht in der Koalitionsvereinbarung wieder: Die Gewerbesteuer sei überholt und sie müsse durch andere Modelle abgelöst werden. Und dann wird auf die Möglichkeiten Umsatzsteuerbeteiligung oder Zuschlagsrecht auf die Einkommenssteuer hingewiesen. Ich halte das für eine Provokation, die wir voll annehmen und in den Mittelpunkt rücken sollten. Was heißt es denn Anderes als die Wirtschaft zu entlasten und stattdessen alle Verbraucher des Landes bluten zu lassen, wenn man es auf die Umsatzsteuer umlegt.

Es gibt, Genossinnen und Genossen, im Bund und den Bundesländern – und das ist eine ziemlich schwarze Angelegenheit – keinen einzigen Finanzminister, der einen Spielraum sieht aus dem Umsatzsteueraufkommen Anteile wegzunehmen und den Kommunen zu geben. Kein einziger schwarzer Finanzminister sieht diese Möglichkeit. Es geht also doch nicht um Umsatzsteuerumverteilung, sondern es geht ausschließlich um eine zusätzliche Mehrwertsteuererhöhung, um die gewinnstarken Unternehmen des Landes zu verschonen und zu entlasten. Eine sozialungerechtere Finanzneuregelung könnte es überhaupt nicht geben. Dies müssen wir klar aussprechen!

Und die andere Möglichkeit, die das Koalitionspapier nennt, ist ein Zuschlagsrecht auf die Einkommenssteuer. Und das muss man sich mal plastisch vorstellen. Es geht hier um immerhin im vergangenen Jahr 40 Milliarden Euro. Glaubt denn ein Mensch, dass man 40 Milliarden Steueraufkommen auf die Einkommenssteuer draufschlagen kann, nur damit gewinnstarke Unternehmen entlastet werden und stattdessen Berufstätige die Zeche bezahlen dürfen. Eine vollkommen irre Vorstellung, aber wenn sie es im Sinn haben, dann muss man sie schon mal fragen, wie sich das mit dem verlogenen Wahlkampf »Mehr Netto vom Brutto« verträgt. Das wäre ja die größte Steuererhöhung bei der Einkommenssteuer.

Ich bin immer wieder der Vorstellung begegnet, man könne in Kommunalwahlkämpfen über alles reden: Über Kindergärten, über Seniorenheime, über Krankenhäuser, bloß bitte nicht über so sperrige Sachen wie Daseinsvorsorge oder gar über Steuerpolitik. Ich kann euch sagen, ich habe das strikte Gegenteil gemacht. Ich hab meinen letzten Wahlkampf mit der Verteidigung der Daseinsvorsorge gegen die Privatisierungsideologie und mit dem offenen Kampf für die Gewerbesteuer gegen schwarzgelbe Reformvorstellungen geführt. Und ich denke, dass eine Zweidrittel-Mehrheit ganz ordentlich ist. Vielleicht wäre es ohne besser gegangen.



Es ist einfach nicht wahr, dass die Leute nur Versprechungen hören wollen und keine bittere Wahrheit über die Finanzierung. Ich nehme das Gegenteil wahr, die Leute wissen, dass jedem Versprechen irgendwann die Finanzierungsfrage folgt. Und wenn man vorher ehrliche, durchgerechnete Antworten gibt, ist ihnen das lieber als wenn man das Blaue vom Himmel herunter verspricht. Jedenfalls kann man – behaupte ich – auf jeder Bürgerversammlung und auf jedem kommunalen Stammtisch und überall in der Stadt sagen, wer an die Stadt Erwartungen hat, wer von der Kommune mehr erwartet, der muss sich auch um die Finanzierung kümmern und deswegen muss man den schwarz-gelben Parolen eine klare Absage erteilen.

Drittes Kennzeichen, auch wenn da die Kanzlerin einen verdienstvollen Integrations-Gipfel macht. Ich glaube, dass die Integration nach wie vor sozialdemokratischer Markenkern in der Stadtpolitik ist. Wir müssen nur mehr Beispiele nennen als nur Deutsche und Ausländer. Da haben die Konservativen dazu gelernt und das ist sehr erfreulich. Aber es gibt immer noch viele Beispiele wo sie eben nicht für Integration sind. Zum Beispiel in der Stadtplanung, wo wir für soziale Mischung in jedem Quartier werben, während Konservative immer noch gemeinsam mit Bauträgern gerne ganz privatfinanzierte Wohngebiete hätten. Ohne Kre-

thi und Plethi aus dem sozialen Wohnungsbau. Die Sozialwohnungen sollen anderenorts entstehen – ohne sich in die Quere zu kommen. Ich denke, die sozialdemokratische Antwort: »Integration in jedem Bebauungsplan« ist die bessere Antwort. Wir wollen weder Ghettos für die Armen noch Gebiete für die Privilegierten. Wir wollen den Gedanken der Integration.

Und ein weiterer Punkt ist die Frage, ob die Städte sich wegen der Finanznot geschrumpfen sollen – früher sagte man noch werbewirksamer »verschlanken« – oder ob wir offen dafür eintreten, dass wir in Zukunft wohl mehr Kommune brauchen und auf gar keinen Fall weniger. Ich will das kurz begründen: Die Konservativen sagen, die Kommune müsse sich verschlanken. Sie müsse Aufgaben weggeben, sie könne viele Aufgaben privatisieren – als ob es dadurch billiger würde – weil kein Geld da ist. Ich erlebe allerdings Konservative und Liberale nur in der entgegengesetzten Rolle wenn es konkret wird. Dann fordern FDP-Ehepaare und Doppelverdiener natürlich mehr Kita-Plätze und zwar kostenlos. Und sobald der eigene Vater ein bisschen daddelig wird wollen sie kommunale Dienstleistungen, die es rund um die Uhr ermöglichen, weiterhin ein selbständiges Leben zu führen. Und für die städtischen Orchester darf es sowieso nur die teuersten Dirigenten der Welt geben, weil



sonst alles andere ein Untergang des Abendlandes wäre. Das heißt, sie fordern ja in Wahrheit immer mehr von der Kommune, wollen sie aber schlechter alimentieren. Das kann nicht aufgehen. Wir haben gerade wegen der Wandlungsprozesse die auf unsere Kommunen zukommen in Zukunft mehr Aufgaben. Stichwort »Demographischer Wandel«. Wir werden immer älter. Also werden die Angebote für die Älteren – nicht mehr ganz selbständige Generation – besser und passgenauer werden müssen. Wir haben immer weniger Kinder. Deswegen müssen wir kurioser Weise mehr für Kinder tun, damit Eltern sich wieder entschließen, Kinder in die Welt zu setzen und die Betreuung gewährleistet ist.

Und wir werden immer bunter. Schon allein in der ethnischen und sprachlichen Zusammensetzung. Das fordert uns in Zukunft Integrationsleistungen ab, die es in den 50er und 60er Jahren noch gar nicht gegeben hat. Und ich behaupte, dass sogar der technische Wandel an die Kommunen ständig neue Anforderungen stellt. Es ist ja nicht wahr, dass die Menschen, die schon zur Ausbildung und dann zur Berufstätigkeit und auch noch in der Freizeit vor der Glotze sitzen, am Computerarbeitsplatz, am Computerausbildungsplatz oder vor dem Fernsehprogramm deswegen von der Kommune weniger erwarten. Ganz im Gegenteil: weil sie mit einem virtuellen Leben nicht einverstanden sind, aber auch

keine Großfamilie oder Stammebelegschaft mehr haben, in der sie sich bewegen, erwarten sie die Befriedigung all dieser Kommunikationserlebnisse, dieser Gemeinschaftserlebnisse von der Kommune. Deswegen müssen wir Bürgerhäuser schaffen oder Mieterbüros. In den sozialen Wohnungsbaugebieten müssen kulturelle Angebote in der Stadtteilkultur entstehen, die vor Jahrzehnten noch gar nicht nachgefragt wurden. Also ich behaupte, wir sind auf der Höhe der Zeit wenn wir wachsende Bedürfnisse an die Kommune – gerade in der digitalen Welt und in der globalisierten Welt zur Kenntnis nehmen – und nicht wie die Konservativen und Liberalen von der Abgabe der Aufgaben und der Verschlankung der Kommune als Zielsetzung reden.

Ein weiteres Thema wo wir mal Meinungsführerschaft hatten, aber in beängstigender Weise verlieren, ist die Gleichstellung der Frau. Ich glaube, dass die SPD bei kaum einem Thema mehr Trümpfe in der Hand hatte und leichtfertig unter den Tisch fallen lies. Was hatten wir mal für eine stolze Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen. Wie sind wir einmal für Gleichberechtigung und Gleichstellung gestanden. Und jetzt sind wir doch – ich sage dass als Politiker männlichen Geschlechts über 60 – in der öffentlichen Wahrnehmung sehr stark die Partei der älteren Männer. Und Frauenthemen sind uns ausgegangen und wenn man durch



die Plakatwälder fährt, haben oft die Konservativen oder die Liberalen mehr weibliche Kandidaturen anzubieten als wir. Leichtfertig verschenktes Gelände, ich denke, wir müssen wieder die Partei der Gleichstellung, der fortschrittlichen Frauen werden. Und da gibt es enorm viele Handlungsmöglichkeiten im kommunalen Bereich. Damit quäle ich euch gerne.

Kommt mir jetzt bloß nicht mit Gemeinderätinnen. Ich weiß, dass wir beim Ehrenamt günstig und freundlich sind. Nein, ich rede mal davon, wo in der kommunalen Familie Geld verdient wird. Wie viele weibliche Sparkassenvorstände gibt es denn? Ich erinnere mich an eine Strategietagung in Berlin. Da hab ich zu 1100 Sparkassenvorständen gesprochen, es waren zwei Frauen im Saal. Die Eine war die stellvertretende Dezernentin des Städtetages, Monika Kuban und dazu kam die Protokollführerin vom Sparkassen- und Giroverband. 1100 Sparkassenvorstände, dort wo wirklich Geld verdient wird. So klein kann eine Sparkasse gar nicht sein, dass der Vorstand nicht mehr verdient als der Münchener Oberbürgermeister, aber keine Frau im Saal. Also wenn das kein Punkt ist wo man Glaubwürdigkeit in der Frauenpolitik erwerben kann, dann weiß ich nicht weiter. Dasselbe gilt – nicht hundertprozentig, aber weitgehend – für die kommunalen Stadtwerke, wo man oft sagt, es gibt halt kein geeignetes, weibliches Führungspersonal, das für Spitzenämter

in Frage kommt und bei Aufsichtsräten ist es auch so. Also die herzliche Bitte, nicht in den letzten drei Wochen sagen, wir treten für Frauen ein, sondern es die nächsten zwei Jahre lang tun, wo immer ihr eine Chance dazu habt.

Ich habe schon angedeutet, dass kommunale Daseinsvorsorge einer der Werte und Zielsetzungen ist, bei denen wir uns durch Konsequenz von Konservativen und Liberalen absetzen können. Das ist wirklich so. Es gibt zwar nicht in jeder Stadt – aber in vielen Städten – Beispiele für konservative und liberale Sündenfälle. In Dresden wurde unter CDU/FDP-Führung der gesamte kommunale Wohnungsbestand verkauft. In Stuttgart sogar die Wasserversorgung, in Düsseldorf die Energie, in Hamburg hat man die Privatisierung der Krankenhäuser – sogar trotz eines anders lautenden Bürgerentscheids – weiter betrieben und der Privatisierung der Energiewirtschaft trauert man in Hamburg heute noch nach, so dass man jetzt die rührende Idee hat, ein ganz klitzekleines Stadtwerk zu bauen, damit man auch wieder ein kommunales Unternehmen hat und in der Energiepolitik mitspielen kann. Eine wirklich trostlose Nummer, wenn man mal die Hamburger Elektrizitätswerke hatte und einfach nur hätte behalten müssen.

Wir sollten in diesem Punkt mal Bürgerentscheide studieren. Ich habe mir die Statistik vom

Städtetag geben lassen. Es hat schon über 100 Bürgerentscheide zur Privatisierungsfrage gegeben. In Kleinstädten, Mittelstädten, Großstädten, Millionenstädten, im Osten, im Westen, im Süden, im Norden. Und in sämtlichen Fällen – ohne eine einzige Ausnahme! – hat die Bürgerschaft gegen die Privatisierung abgestimmt.

Wir müssten doch wirklich bescheuert sein, wenn wir dies nicht endlich zur Kenntnis nehmen und endlich zu einem KampftHEMA machen würden, Genossinnen und Genossen!

Aber zwei selbstkritische Einwände müssen hier natürlich sein. Unsere Auftritte wären klangvoller und glaubwürdiger, wenn wir nicht an Privatisierungsvorhaben, die wir selber nicht verstanden haben, hätten jahrelang mitwirken müssen. Stichwort: »Bahnreform«. Ich habe über diese Frage mit Mehdorn diskutiert, mit den bayerischen Bahnvorständen, mit Tiefensee und seinem Amtsvorgänger. Und mir hat kein Mensch erklären können, wieso der Bahnbetrieb leichter die höhere Rendite erwirtschaftet, die ein privater Investor verlangt, als die niedrigere Rendite, die bei Bundesschatzbriefen zu zahlen ist. Keiner hat es mir erklären können. Dann frage ich mich: warum wir uns ganze Parteitage damit abgequält haben, wie man die Privatisierung doch noch über die Runden bringen kann? Das ist ein ganz schweres Manko, wenn um Fragen der Pri-

vatisierung gerungen wird. Ich glaube, dass man nicht umhin kommt, einen Fehler auf Bundesebene einzugestehen, um eine konsequente Haltung gegen unsinnige Privatisierungen zu propagieren und glaubwürdig zu vertreten.

Genossinnen und Genossen, ich will noch Eines erwähnen, das nicht zum Markenkern der SPD gehört, aber einfach hinzuerworben werden muss. Bei uns in München – und das ist bei anderen Werken nicht anders – ist die kommunale Wirtschaft immer mehr zum Vorreiter erneuerbarer Energien und ökologischer Politik geworden. Ich gebe sogar zu – ungern, aber aus Wahrheitsgründen muss es sein – gelegentlich sind wir von den Grünen dazu getreten worden. Wir hatten noch die Idee, mit einer großen Kohlekraftwerkbeteiligung so viel zu verdienen, dass wir uns damit erneuerbare Energien leisten können. Es hat sich dann herausgestellt, dass die Kohle gar nicht so profitabel ist und man auch die erneuerbaren Energien gleich in Angriff nehmen kann. Aber heute schaut es so aus, dass wir – und das muss man natürlich in der Größenordnung sehen – in den nächsten Jahren, so viel in erneuerbare Energien investieren können, dass wir bis 2015 sämtliche Privathaushalte und bis 2025 sogar zusätzlich noch die Wirtschaftsunternehmen mit Strom aus erneuerbaren Energien versorgen können. Und parallel läuft eine große Solarstadt-In-

itiative. Ich meine damit, dass wir das Jahrhundertthema Klimaschutz und ökologische Politik nicht den Grünen überlassen dürfen als ob es uns nichts mehr angehe, sondern dass wir im Gegenteil – ohne ihnen Urheberrechte streitig zu machen, wo sie solche haben – zeigen müssen, dass wir auch auf das Jahrhundertthema Ökologie reagieren. Gerade mit der Politik von Sigmar Gabriel als Umweltminister der letzten Jahre können wir das gut untermauern und begründen. Denn damit wird auch eine strategische Option deutlich. Rot-Grün ist für mich nicht nur ein Farbenspiel, sondern wie hier in Hannover auch ein Synonym für soziale und ökologische Politik. Und eine solche plausible Option brauchen wir. Wir dürfen nie mehr in die Lage vor dem 27. September 2009 stürzen, dass wir überhaupt nicht sagen können, mit wem wir warum zusammenarbeiten wollen in der Regierung.

Eine allerletzte Anmerkung, erlaubt mir noch, die mich aber unheimlich umtreibt. Man muss ja nicht nur wissen, womit man Wahlen gewinnt, man muss auch wissen, womit man sie zuverlässig verlieren kann. Ich hab mich mit einigen Wahlverlusten in Europa intensiv beschäftigt. Zum Beispiel Hamburg, jahrzehntelang sozialdemokratische Hochburg, zum Beispiel Frankfurt, jahrelang absolute SPD-Mehrheiten und zuletzt Rom, wo auf einen Sozialdemokraten Veltroni ein Postfaschist,

der vielleicht auch ein Neofaschist ist, gefolgt ist. Die Städte waren wirtschaftlich in guter Verfassung – alle drei. Und ich habe in allen drei Fällen die sozialdemokratischen Wahlverlierer und die konservativen oder postfaschistischen Nachfolger interviewt, wie sie sich den Wechsel erklären. Und ich habe in allen drei Fällen etwas gehört, was sozialdemokratischen Gremien und Funktionärskadern mit ihrer Sozialisation überhaupt nicht gefällt. Aber zur Kenntnis nehmen müssen wir es trotzdem. In allen drei Fällen lautete die gesamte Wahlanalyse: Sicherheit und Sauberkeit. Die SPD hatte den Ruf die Sicherheit gewährleisten zu können, zumindest alle Anstrengungen dafür zu unternehmen, und sei es rund um die Hafensstraße, verspielt. Ebenso rund um die Frankfurter Oper, mit einer offenen Drogenzene, wo man einfach achselzuckend sagte, die jungen Leute sind so, da kann man nichts machen. Und in Rom hat Veltroni eine traumhafte Kulturpolitik gemacht. Filmförderung, die international gewürdigt wurde, bei Kongressen in Südamerika. Aber abgewählt wurde seine Partei, weil man mit Verslummungserscheinungen in der Altstadt nicht fertig wurde. Ich bitte euch selbst gegen eure Sozialisation – und ich spreche hier auch gegen meine Sozialisation –, ich bin im Künstlerviertel Schwabingen aufgewachsen, mit Studentenunruhen groß geworden, hab als Rechtsanwalt Hausbesetzer ge-

Kuppelsaal | Beethoven
Roter | Blauer | Bonatz
leuer Saal | Runder Saal
restaurant
otel

gen die Polizei vertreten und sogar Schmerzensgeld durchsetzen können. Aber dieses müssen wir zur Kenntnis nehmen: die Bevölkerung – und zwar gerade unsere Arbeiterklientel und kleinbürgerlichen Schichten – haben diese Mindestanforderungen an die Kommunalpolitik. Ich will mich sicher fühlen – was auch mein gutes Verfassungsrecht ist. Ich will körperliche Unversehrtheit und ich will, dass das Stadtbild sauber ist, ich nicht über Glassplitter oder Butterbrotpapier stolpere oder mich über jeden Anblick ärgern muss. Das können wir kulturkritisch

als Sekundärtugend brandmarken und dem Wähler sagen, dass seine Bedürfnisse falsch liegen. Die Antwort wird sein, dass er gar keine tolle Antwort weiß, aber uns halt nicht wählt.

Und deswegen bitte ich, wenn man von »mehr Demokratie wagen« spricht, gehört auch dazu, dass man Bevölkerungsbedürfnisse ernst nimmt, die man selber nicht so prioritär ausgestalten würde, die aber den Menschen, wie sie nun einmal sind, wichtig sind. Und deswegen bitte achtet auch auf dieses Thema. Danke für die Aufmerksamkeit.

Forum 1

Infrastruktur und Energieversorgung – Anforderungen an die kommunale Daseinsvorsorge

Thesepapier (Verfasser: Hauke Jagau)



1. Kommunale Unternehmen sind die Basis für eine gesicherte öffentliche Daseinsvorsorge, für den Erhalt der Steuerungsfähigkeit und für eine demokratische Kontrolle wichtiger Bereiche unseres Gemeinwesens.
2. Stadtwerke, kommunale Entsorger, Wohnungs- und Verkehrsunternehmen haben ein solides Wertefundament und tragen zur Umsetzung gesellschaftlicher Ziele wie dem Klimaschutz bei.
3. Kommunale Sparkassen bilden das Fundament der regionalen Kreditversorgung, sind der wichtigste Partner für Mittelstand und Existenzgründer und unterstützen Kultur, Sport und gesellschaftliches Engagement.
4. Für die öffentliche Daseinsvorsorge stehen nicht kurzfristige Gewinne, sondern dauerhafte Versorgungssicherheit der Bevölkerung und gute Servicequalität im Vordergrund. Privatisierungen sind vor diesem Hintergrund oftmals kurzfristig, nachhaltige Politik setzt auf langfristige Effekte.
5. Die Renaissance kleinerer Stadtwerke und kommunaler Entsorger in den Kommunen wird von der SPD aktiv vorangetrieben. Kooperationen und neue technische Möglichkeiten können dazu beitragen, dass auch kleinere Kommunen mehr Steuerungsfähigkeit erlangen (s. Integra).
6. Kommunale Unternehmen müssen sich an Ihren Leistungen und an ihrer Wirtschaftlichkeit messen lassen, sie dürfen kein Selbstzweck sein. Die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen muss für Bürgerinnen und Bürger sowie Politik transparent sein.
7. Wirtschaftlichkeit darf nicht zu Lasten fairer und tariflicher Löhne gehen. Es darf nicht zu einem Unterbietungswettbewerb mit Dumpinglöhnen kommen. Beschäftigte in öffentlichen wie privaten Unternehmen müssen von ihren Löhnen ohne zusätzliche Sozialleistungen leben können. Eine faire Partnerschaft zwischen Gesellschaftern und Arbeitnehmerseite ist die Basis für eine erfolgreiche Ausrichtung – und wo erforderlich auch Restrukturierung – kommunaler Unternehmen.
8. Regionale und überregionale Zusammenarbeit bei der öffentlichen Daseinsvorsorge kann zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit, zur Qualitätsverbesserung und damit zur Sicherstellung guter Leistungsangebote in städtischen Ballungsräumen wie in der Fläche beitragen.
9. Die niedersächsische SPD steht für:
 - Flächendeckende und sichere Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ guten Dienstleistungen zu bezahlbaren Preisen
 - Erhalt der kommunalen Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit vor Ort



- Keine Filetierung der kommunalen Daseinsvorsorge in lukrative privatwirtschaftliche und defizitäre öffentlich organisierte Leistungen (»Rosinenpickerei«)
 - Transparenz über die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen und Erhöhung der Wirtschaftlichkeit
 - Faire Löhne in öffentlichen wie privaten Unternehmen und ein gesetzlicher Mindestlohn
 - Ausrichtung der kommunalen Unternehmen auf gesellschaftliche Ziele wie Klimaschutz, Zugang einkommensschwächer Bürgerinnen und Bürger zu Leistungen und Steigerung der Lebensqualität vor Ort
 - Erhalt der kommunalen Sparkassen in öffentlicher Trägerschaft
10. Der rechtliche Rahmen durch EU und Bund bedroht den Bestand kommunaler Unternehmen und damit die kommunale Selbstverwaltung. Deshalb macht sich die niedersächsische SPD stark für:
- Die kommunale Gestaltungsfreiheit in der Daseinsvorsorge ist im EU-Vertrag von Lissabon als übergeordnetes Recht definiert worden. Dies muss Eingang in die europäische Politikgestaltung und das deutsche Wettbewerbsrecht finden.
 - Interkommunale Kooperationen und Kooperationen von kommunalen Unternehmen, die zu leistungsfähigeren und kostengünstigeren Strukturen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger führen, müssen generell von den Regelungen des Wettbewerbsrechts ausgenommen werden.
 - Die Kommunen benötigen einen sicheren Rechtsrahmen für Inhouse-Vergaben. Dabei soll auch die Inhouse-Fähigkeit von gemischtwirtschaftlichen Unternehmen (PPP) abgesichert werden, sofern ein beherrschender öffentlicher Einfluss besteht.
 - Die Organisationsfreiheit der Kommunen in der Wasserwirtschaft muss gewahrt bleiben. Art und Umfang einer kommunalen Aufgabenerfüllung liegt allein bei den Kommunen.
 - Soziale Aspekte und tarifliche Arbeitsbedingungen müssen als Kriterien bei Auftragsvergaben im Vergaberecht deutlich gestärkt werden.

Forum 2

Stadt gestalten statt verwalten – Anforderungen an die kommunale Selbstverwaltung

Thesenpapier (Verfasserin: Johanne Modder, MdL)



In unseren Kommunen liegt die Wurzel der Demokratie. Sie sind das Ergebnis einer langen regionalen Geschichte; hier erfahren die Bürgerinnen und Bürger unsere Demokratie: Ob Freiheit und Eigenverantwortung, Teilhabe, Menschlichkeit und Solidarität auch gelebt werden, lässt sich hier unmittelbar erleben.

Ein zukunftsfähiges Niedersachsen ist deshalb auf leistungsstarke Landkreise, Städte und Gemeinden angewiesen.

Unsere Kommunen aber stehen vor ungekannten Herausforderungen, weil sich die Rahmenbedingungen für kommunales Handeln und Gestalten spürbar verschlechtern:

1. Globalisierung und die Internationalisierung der Wirtschaftsbeziehungen führen zu einem verschärften überregionalen und internationalen Wettbewerb um Unternehmen und damit um Arbeitsplätze und um Arbeitskräfte.
2. Die demografische Entwicklung, die Integration, die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge fordern neue Lösungen, auf die Städte, Gemeinden und Landkreise nicht immer ausreichend vorbereitet sind.
3. Allerdings sind diese Probleme vielschichtig und regional sehr unterschiedlich: Mancherorts kommen mehrere Faktoren zusammen, z. B. geringe Einwohnerzahlen, hohe Arbeitslosigkeit, infra-

strukturelle Besonderheiten, aber auch extremer Einwohnerrückgang, in anderen Teilen unseres Landes ist die Entwicklung noch stabil.

4. Die Entwicklung der Kommunalfinanzen ist sehr bedenklich. Die strukturelle Finanzkrise der kommunalen Ebene ist nicht beseitigt, ganz im Gegenteil: Zur bestehenden Unterfinanzierung kommen die Auswirkungen der Finanzkrise und die Vorhaben der schwarz-gelben Bundesregierung hinzu.

Eine aufgabengerechte Finanzausstattung unserer Kommunen ist und bleibt das Schlüsselthema, wenn es um die Handlungsfähigkeit und Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunen geht: Eine kommunale Selbstverwaltung ohne eigene finanzielle Möglichkeiten verdient diesen Namen nicht.

Vor diesem Rahmen müssen sich Gemeinden, Städte, Samtgemeinden und Landkreise neuen Herausforderungen stellen:

1. Investitionen in Bildung, verstanden als die Zukunftsaufgabe schlechthin
 - a) deutlicher Ausbau der Krippenplätze, um eine ausreichende Versorgung zu sichern
 - b) Fortentwicklung von Kindergärten und –horten als pädagogische Einrichtungen
 - c) Ausbau der Ganztagschulen



d) Sicherung von wohnortnahen weiterführenden Schulen, die in weiten Teilen Niedersachsens nur als gemeinsame Schule für alle denkbar sind

2. eine qualitätvolle Familienpolitik mit innovativen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen und neuen sozialen Netzen
3. langfristige u. zukunftsfähige Konzepte für die Bewältigung der demografischen und umweltpolitischen Entwicklungen
4. Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge und Investitionen in die öffentliche Infrastruktur – auch zur Sicherung der gleichwertigen Lebensverhältnisse
5. Integration als Grundlage für sozialen Zusammenhalt
6. leistungsfähige, wirtschaftliche und serviceorientierte Verwaltung
7. Förderung und Stärkung des freiwilligen Engagement
8. technischer Fortschritt mit moderner Kommunikationstechnik, die immer schnellere Entscheidungsfindungen erzwingt
9. stärkere Bedeutung von Fragen der Gesundheitsversorgung auf kommunaler Ebene

Um diese Herausforderungen zu bestehen, muss die kommunale Selbstverwaltung gestärkt werden. Auch hat die Einführung der Eingleisigkeit, die Bedingungen der kommunalpolitischen Arbeit grundlegend beeinflusst. Die Auswirkungen politisch legitimierter Verwaltungsspitzen sind noch nicht überall bewältigt.

Wir wollen mit diesem Kommunalpolitischen Kongress die Debatte darüber anstoßen, wie wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns ein Leitbild einer modernen zukunftsfähigen kommunalen Selbstverwaltung vorstellen.

1. Städte, Gemeinden, Samtgemeinden und Landkreise benötigen eine aufgabengerechte Finanzausstattung durch eigene Einnahmen, aber auch durch einen ausreichenden Anteil an den Einnahmen des Landes (Finanzausgleich); die strikte Wahrung der Konnexität ist Voraussetzung für kommunales Handeln.
2. Auch in der Gesetzgebung braucht die kommunale Selbstverwaltung größere Freiräume: In den Kommunen machen erfahrene Männer und Frauen verantwortlich Politik für die Menschen, die sie gewählt haben; der Gesetzgeber muss Vertrauen in ihre Entscheidungen haben und darf nicht alles detailliert vorgeben wollen.
3. Nach der Abschaffung der Bezirksregierungen durch die Wulff-Regierung wird eine



Funktionalreform noch drängender: Aufgabenverteilung und Aufgabenerledigung zwischen Land und Kommunen einerseits sowie zwischen Landkreisen und kreisangehörigen Gemeinden müssen dringend neu und sinnvoll geordnet werden.

4. Kommunale Selbstverwaltung ist gekennzeichnet durch entscheidende Mitwirkung ehrenamtlicher Kommunalpolitiker und -politikerinnen.
 - a) Das Ehrenamt muss gestärkt werden
 - (1) durch Fort- und Weiterbildung
 - (2) durch hauptamtliche Unterstützung (in größeren Kommunen),
 - (3) durch Verlagerung von Kompetenzen in die Fachausschüsse
 - b) Das Verhältnis von Rat und Verwaltung muss partnerschaftlich ausgestaltet sein:
 - (1) wichtige Themen müssen – auch ohne Öffentlichkeit – rechtzeitig vom Rat vorbesprochen sein;
 - (2) Verwaltungsvorlagen müssen prägnanter, verständlicher, überschaubarer und frühzeitiger vorliegen und außerdem alternative Lösungsmöglichkeiten enthalten
 - (3) Das Verhältnis muss von Anerkennung und Respekt für die ehrenamtliche Arbeit geprägt sein.
5. Partnerschaftliche Selbstverwaltung fordert aber auch freiwilliges Engagement in allen Bereichen der Städte und Gemeinden und auch neue Instrumente der direkten Demokratie und andere Beteiligungsformen. Neue Formen der Kooperation vom Bürgerengagement bis zu Public Private Partnerships mit Unternehmen haben hier ebenfalls ihren Platz.
6. Die Bedeutung der Kommunalpolitik sollte durch Einrichtung eines kommunalpolitischen Ausschusses im Deutschen Bundestag unterstrichen werden.

Forum 3 Integrationspolitik in der Einwanderungs- gesellschaft – Chancen und Teilhabe in unseren Städten und Gemeinden

Thesenpapier (Verfasser: Andreas Rieckhof)



Die große Mehrheit der Migranten wird künftig einen deutschen Pass haben, so dass nicht mehr die »Ausländerpolitik« im Zentrum der politischen Debatte stehen wird, sondern die Frage, wie man zu einem guten Miteinander aller hier lebenden Menschen unabhängig von ihrer Herkunft findet.

Zuwanderung sollte als charakteristisch für unsere Städte verstanden, nicht als gesellschaftlicher Notstand empfunden werden. Auch die Einwanderer früherer Jahrhunderte wurden nicht mit offenen Armen empfangen.

Eine entmischte Stadt, in der ethnische oder soziale Gruppen voneinander getrennt und nicht miteinander, sondern nebeneinander her leben, ist mit unserem Politikverständnis nicht vereinbar.

Integration ist eine gesellschaftliche und politische Schlüsselaufgabe. Dabei kommt es darauf an, nicht nur Defizite zu beschreiben, sondern auch die ungenutzten Potentiale, die durch unzureichende Integration der Zuwanderer brach liegen, zu heben. Die Städte und Gemeinden sollten Zuwanderung unter der Bedingung einer erfolgreichen Integration auch als Bereicherung und Stärkung empfinden.

Von erfolgreicher Integration können wir dann sprechen, wenn sich die Lebensbedingungen von Menschen mit Migrationshintergrund an die der Einheimischen im Sinne gleicher Chancen und gleicher Teilhabe angenähert haben.

Integration gelingt nicht automatisch, sie kann auch nicht »von oben« verordnet oder durch politische Beschlüsse herbeigeführt werden.

Der Zugang zu Bildung muss gewährleistet und die Eingliederung in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt muss gefördert werden. Dies gelingt jedoch nur, wenn alle Beteiligten, Einheimische wie Zuwanderer, die Aufnahmegesellschaft wie die Selbstorganisationen der Migranten, aktiv und verantwortlich daran mitwirken.

Der Islam ist, ebenso wie andere Religionen, eine facetten- und auslegungsreiche Glaubensrichtung. Die übergroße Mehrheit der Muslime in Deutschland steht fest auf dem Boden des Grundgesetzes. Eine gelungene Integrationspolitik muss islamophobe Einstellungsmuster und Vorurteile abbauen. Neben den religiösen sind vor allem auch die sozialen Aspekte von Migrationserfahrungen in den Vordergrund zu stellen.

Sozialdemokraten sehen wesentliche Unterschiede zwischen Menschengruppen nicht in der ethnischen Herkunft der Menschen, sondern in Bezug auf ihre soziale Lage, aber auch ihre Werte und Überzeugungen.

Dem steht entgegen, dass viele Menschen als elementares Merkmal ihres Kulturkreises die Religion ansehen. Die Revitalisierung der Religion in weiten Teilen der Welt verstärkt die Unterschiede



zwischen den Kulturen noch. Dies bleibt auch nicht ohne Auswirkungen auf unsere Kommunen. Auf die kulturelle Dimension des Muslim-Seins hat die SPD noch zu wenig Antworten gefunden.

Die religiöse Praxis der Muslime in Deutschland ist wie bei den Christen in unserem Land sehr unterschiedlich ausgeprägt. Die Gebetshäufigkeit, die Einhaltung von religiösen Speisevorschriften, das Einhalten der islamischen Fastengebote und selbst das Kopftuchtragen sind keine Indikatoren für gelungene Integration. Anders sieht es bei der Teilnahme am gemischtgeschlechtlichen Sport- und Schwimmunterricht, am Sexualkundeunterricht sowie an Klassenfahrten aus. Die strukturellen Integrationsdefizite müssen hier ganz besonders Anlass verstärkter Integrationsbemühungen sein, denn »Verstehen« heißt nicht überall auch »akzeptieren«.

Das Akzeptieren einer multikulturellen Welt mit ihren unterschiedlichen Werten und Normen findet in diesem Land seine Grenzen dort, wo die Freiheit des Individuums im Sinne der demokratischen Tradition der Bundesrepublik Deutschland unzulässig beschränkt werden soll.

Dem unter Muslimen in Deutschland sehr verbreiteten Wunsch nach Einführung islamischen, dem Grundgesetz entsprechenden Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen, sollte Rechnung ge-

tragen werden. Dies setzt die weitere Etablierung einer islamischen Theologie und eine Religionspädagogik mit historisch-kritischem Religionsverständnis an niedersächsischen Hochschulen voraus.

Als Querschnittsaufgabe muss Integration in allen Politikbereichen der Landkreise, Städte und Gemeinden verankert werden, in den Kindergärten, Schulen, Jugendeinrichtungen, in der Stadtentwicklung, der Gesundheitsförderung oder der Seniorenarbeit, nicht zuletzt in der Verwaltung und in den politischen Gremien selbst.

Ohne gute Sprachkenntnisse und ausreichende Bildung ist Integration nahezu unmöglich. Auch wenn Bildung nicht automatisch zu Integration führen wird, weil die Gesellschaft viele weitere Hürden aufbaut, müssen Bildungsanstrengungen und Bildungsförderung früh ansetzen. Dabei ist es notwendig, bei »bildungsfernen« Familien unter den Migranten den Nutzen einer guten Bildung und Ausbildung klarer als bisher zu machen, um den Bildungshunger der Jüngeren zu wecken.

Gewalt gegen Frauen in Migrantenfamilien ist nicht ein soziales oder Bildungsproblem, sondern es sind teilweise andere Werte und Ziele, nach denen in solchen Fällen hier gelebt wird. Eine Weltanschauung, die auf autoritären Erziehungszielen beruht, ist nicht hinnehmbar. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau auf allen gesellschaftlichen Ebenen



ist der Lackmустest für erfolgreiche Integration in Deutschland.

Die interkulturelle Öffnung einer Verwaltung muss »Chefsache« der Verwaltungsspitze sein, wenn sie erfolgreich werden soll.

In manchen Kommunen sind Ausländerbeiräte einberufen oder gewählt worden. Die Erfahrungen damit sind unterschiedlich, weil ihre Legitimation durch hohe Wahlbeteiligung nicht immer gegeben ist und sie von vielen Migranten als »Spielweise« betrachtet werden, die sie aus der realen Politik heraushält. Je mehr Migranten die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben, desto mehr verlieren sie Legitimation. Es bietet sich aber in jedem Fall an, in den Städten und Gemeinden »Runde Tische« zur Integration einzuberufen.

Längerfristig sollten alle Städte und Landkreise für ihr Gebiet ein Integrationskonzept verabschieden und sich darüber im Klaren werden, wie Menschen verschiedener Kulturen einen Beitrag für eine offene und tolerante Kommune leisten können.

Es ist sinnvoll, theologische Debatten soweit wie möglich von integrations- und gesellschaftspolitischen Erwägungen zu trennen. Ein/e Bürgermeister/in ist »Bürgermeister/in aller Einwohner dieser Stadt«, der Deutschen und Nichtdeutschen, der Christen aller Konfessionen, der Atheisten, Mus-

lime aller Richtungen. Der Dialog zwischen Christen und Muslimen hingegen ist Aufgabe der Kirchen und Religionsgemeinschaften, nicht der »Stadtoberhäupter«. Gleichwohl sollten Hauptverwaltungsbeamte und Fraktionen auch mit den Trägern von Moscheen in regelmäßigen Kontakt stehen und diese auch besuchen.

Die politischen Parteien und insbesondere die SPD sind aufgefordert, ihre Gremien und Kandidatenlisten für Migranten zu öffnen. Migranten in einer Fraktion oder Partei sollten nicht unbedingt für Migrationspolitik zuständig sein und als Migrationspolitiker wahrgenommen werden, aber ohne Migranten in den Vorständen, Delegiertenversammlungen und Fraktionen lässt sich auf Dauer die Ernsthaftigkeit von sozialdemokratischer Integrationspolitik nicht belegen.

Bürgerschaftliches Engagement stellt auch für viele Migrantinnen und Migranten eine lohnenswerte Perspektive dar. Es ist dabei normal, dass häufig zunächst die Mitarbeit in Migrantenselbstorganisationen im Vordergrund steht. Säkulare Elternvereine sind die »geborenen« Gesprächspartner für die einheimischen Behörden und Bildungsinstitutionen, sofern sie auf demokratischer Basis wirken. Wo sie noch nicht existieren, sollten sie mit Unterstützung der deutschen Politik ins Leben gerufen werden.



Die Mitarbeit von Migranten in Vereinen und Verbänden der deutschen Mehrheitsgesellschaft scheidet, abgesehen vom Sport, der unstrittig als besonders erfolgreiche Integrationsmaschinerie wirkt, häufig daran, dass Migranten diese als geschlossen wahrnehmen. Sie wollen dann dort nicht mitwirken oder sie fühlen sich dort nicht willkommen.

Von den Migranten ist zu verlangen, dass sie sich auf diese Integrationsangebote einlassen und ihrer Bringschuld zur Integration ebenfalls nachkommen. Unser Land, unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft können auf Keinen verzichten, wenn wir gemeinsam erfolgreich sein wollen.

Ergänzungen aus der Diskussion der ForumsteilnehmerInnen

Aus der Diskussion des Thesenpapiers ergeben sich folgende Anmerkungen von TeilnehmerInnen:

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels in unserer Gesellschaft kommt dem Thema Integration eine gesellschaftspolitische, aber auch ökonomische Dimension zu. Dieser Aspekt dürfe nicht vernachlässigt werden.

Bei der Integrationsarbeit in den Städten und Gemeinden dürften keine Parallelstrukturen entstehen. In Hannover beispielsweise bestehen 200 Ausländervereine. Diese müssten in einen einheitlichen Integrationsprozess eingebettet werden. Teilweise bestünde das Problem, dass es Berührungspunkte zwischen diesen Vereinen geben würde.

Die SPD müsse sich stärker gegenüber MitbürgerInnen mit Migrationshintergrund öffnen und diese in die kommunalpolitische Arbeit miteinbeziehen.

Das Thesenpapier nehme die Gruppe der osteuropäischen MigrantInnen zu wenig in die Betrachtung auf. Diese große Gruppe müsse noch stärker konzeptionell beachtet werden.

Forum 4

Bildung findet Stadt – Perspektiven für die kommunale Bildungspolitik

Thesenpapier (Verfasser: Bernhard Reuter)



1. Die große Bedeutung von Bildung sowohl für die individuellen Lebenschancen wie für die gesellschaftliche Entwicklung ist unstrittig. Deshalb es nicht hinnehmbar, dass in Deutschland wie in keiner anderen entwickelten Gesellschaft Bildungschancen von der Herkunft, vom sozialen Stand und dem Bildungsgrad des Elternhauses abhängig sind. Das alte sozialdemokratische Ziel, mehr Chancengleichheit durch mehr Bildungsbeteiligung zu erreichen, ist heute aktueller denn je.
2. Bildung vermittelt sich vor Ort, in der Familie, der Kindertagesstätte, der Schule. Zugleich ist jede Region in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung darauf angewiesen, ihre endogenen humanen Potenziale bestmöglich auszuschöpfen. Deshalb ist das regionale Interesse sehr groß, in Bildung zu investieren, für ein Ausschöpfen der Bildungsreserven zu sorgen und damit ein Maximum an Chancen für den einzelnen zu ermöglichen. Daher ist es klug, die Verantwortung für Bildung so weit wie möglich schrittweise in regionale Hände zu legen.
3. Seit dem Pisa-Schock ist klar: Deutschland ist im Bildungsbereich nur zweitklassig. Damit rückt die Frage nach einer optimalen Qualität der Bildungseinrichtungen in den Mittelpunkt. Die Frage nach Bildungsstrukturen kann keine ideologische Auseinandersetzung mehr sein, sondern muss unter dem Gesichtspunkt beantwortet werden: Welche Struktur ermöglicht ein Maximum an Qualität?
4. Einer der wichtigsten Unterschiede in den deutschen Schulsystemen gegenüber den PISA-bestplatzierten Nationen Finnland, Korea und den Niederlanden ist, dass alle erfolgreichen PISA-Staaten die Verantwortung für die Schulen in erster Linie der kommunalen Ebene zuweisen. Daraus lässt sich lernen: Eine Stärkung des kommunalen Einflusses auf die Schulen trägt zur Qualitätssicherung bei.
5. Städte und Landkreise könnten eine Verantwortung für Schulen bündeln mit ihren vielfältigen anderen Kompetenzen für junge Menschen, von der Jugendhilfe, Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit, den Musikschulen, der Migrationsarbeit über die berufliche Weiterbildung und Erwachsenenbildung bis hin zur Gesundheits- und Suchtprävention und zur Sozialhilfe einschl. Eingliederungshilfe für behinderte Kinder und Jugendliche. Zugleich könnte die kommunale Selbstverwaltung gestärkt werden.



6. Selbstverständlich setzt die Übernahme weiterer Aufgaben durch die Kommunen eine verfassungsrechtlich abgesicherte Finanzierung voraus. Die Aufgabenübertragung auf die Kommunen hat unter Beachtung des Konnexitätsprinzips zu erfolgen, d. h., dass in dem Umfang der übernommenen Aufgaben auch die erforderlichen Finanzmittel bereitzustellen sind.
7. Schlüssel für Bildungsreformen und entscheidende Ressource für die Verbesserung der Bildungsqualität in den Schulen sind die Lehrkräfte. Deshalb muss die Mitwirkung der Schulträger bei der Auswahl der Schulleiter und Lehrkräfte gestärkt werden. Langfristig ist die nicht mehr zeitgemäße Trennung zwischen inneren und äußeren Schulangelegenheiten durch Übernahme der Personalverantwortung für die Lehrkräfte in kommunaler Trägerschaft unabdingbar.
8. Eltern wollen ihren Kindern den bestmöglichen Schulabschluss und damit einen optimalen Einstieg in die Ausbildung und das Berufsleben ermöglichen. Dies führt zu sinkenden Anmeldezahlen an Hauptschulen und steigender Nachfrage nach gymnasialen Angeboten.

Um den Elternwillen einzulösen sind die Hürden für die Errichtung neuer Gesamtschulen abzusenken. Unter Beachtung pädagogischer Qualitätskriterien müssen auch vier- und dreizügige, in Ausnahmefällen auch zweizügige Systeme möglich sein.
9. Eine bessere schulische Förderung aller Kinder und die immer wichtiger werdenden Aufgaben des Bildungssystems als sozialer Lernort erfordern die Errichtung von Ganztagsangeboten an allen Schulformen.
10. Der quantitative und qualitative Ausbau der öffentlichen Kindertagesbetreuung ist eine zentrale Aufgabe politischen Handelns. Mit Kindertagesbetreuung können die Eltern unterstützt und entlastet werden. Auch ist eine qualifizierte außerfamiliäre Betreuung für die Entwicklung von Kindern von großer Bedeutung. Kinder brauchen zu ihrer Entwicklung auch das Zusammensein mit anderen Kindern. Zudem muss Bildung im möglichst frühen Alter ansetzen, denn gerade kleine Kinder sind besonders neugierig und lernwillig. Deshalb eröffnet die frühkindliche Bildung und Erziehung auf besonders effiziente Weise umfassende Lern- und Entwicklungschancen.
11. Die Angebotsvielfalt in der Kinderbetreuung muss bedarfsgerecht erhalten und ausgebaut werden. Die unterschiedlichen Angebote si-



chern flexible Betreuungszeiten. Sie müssen individuell zugeschnitten werden können, so dass bei Bedarf eine Betreuung auch abends, am Wochenende oder über Nacht gesichert ist. Die vor Ort erforderliche Flexibilität bei der Ausgestaltung von Kindertagesbetreuung darf nicht durch zu viele Richtlinien, Verwaltungsvorschriften, Ausführungsbestimmungen etc., wie sie derzeit vielfach bestehen, eingeengt werden. Das Verfahren für die Erteilung der Betriebserlaubnisse für Kindertageseinrichtungen sollte auf der Ebene der örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe verankert werden.

12. Nicht erst die PISA-Ergebnisse haben gezeigt, welche langfristigen Folgen eine unzureichende fachliche Qualität auch im Elementarbereich für die Zukunftschancen der Kinder und der Gesellschaft hat. Längst verstehen die Kommunen Kindertageseinrichtungen nicht mehr nur als Betreuungseinrichtungen, sondern als kompetente Partner der Eltern und Familien in der Erziehung und Bildung, als Anwalt der Kinder zur Verbesserung ihrer individuellen Chancen und als Kooperationspartner der Grundschulen für einen reibungslosen Übergang in die Schule. Die Kindertageseinrichtungen sollten zu einer

eigenständigen Bildungseinrichtung werden. Die Ausbildung der Erzieher/innen muss den geänderten Anforderungen inhaltlich Rechnung tragen.

13. Auch beim Übergang zur Schule muss die Kooperation des Kindergartens und der Grundschule vor der Einschulung der Kinder verstärkt werden. Eine Verzahnung mit dem vorschulischen Bildungsbereich ist wichtig und notwendig.

14. Sprachförderung ist für alle Kinder von Bedeutung. Ziel ist das Erreichen einer altersgemäßen Sprachkompetenz der deutschen Sprache. Bei Kindern mit Migrationshintergrund ist Sprachförderung besonders wichtig, damit sie mit ausreichenden Deutschkenntnissen das schulpflichtige Alter erreichen. Erfahren die Kinder in ihrem familiären Umfeld hauptsächlich die Muttersprache, so ist die Kindertagesbetreuung oftmals die einzige Gelegenheit zum Erlernen der deutschen Sprache. Die Kommunen legen daher besonderen Wert auf die Sprachförderung von Kindern mit Migrationshintergrund.

15. Der Schutz der Kinder vor Misshandlung und Vernachlässigung ist eine wichtige Aufgabe aller Institutionen, die der Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern dienen und in



denen sie sich aufhalten. Präventive Gesundheitspolitik muss früh einsetzen, um den Folgen mangelnder Bewegung und einseitiger Ernährung entgegen zu wirken.

Ergänzungen aus der Diskussion der ForumsteilnehmerInnen

Frauke Heiligenstadt, MdL, hat aus Sicht der Landespolitik die Thesen in Stichworten bewertet:

- Es muss eine bessere Mitwirkungsmöglichkeit der Schulträger in Schule geben, damit eine noch stärkere Identifikation mit der Schule vor Ort stattfinden kann. Diese Mitwirkungsmöglichkeit kann unterschiedlich gestaltet werden und muss auch ggf. regional anpassbar sein. Es geht um deutlich stärkere Kooperation zwischen Schule und Schulträger.
- Die Hürden für die Errichtung neuer Gesamtschulen müssen fallen.
- Die Passagen des Thesenpapiers zur Ganztagschule sind zu begrüßen.
- Im Bereich der frühkindlichen Förderung sind die dargestellten Thesen ebenfalls uneingeschränkt zu begrüßen. Es muss eine noch stärkere Konzentration auf eine Verbesserung der Qualität durch die dritte Krippenkraft, kleinere Gruppen und mehr Verfügungsstunden für Personal geben. Der von der SPD geprägte Begriff der »Familienzentren« sollte noch ergänzt werden.
- Die Vernetzung der Schule mit dem außerschulischen Bereich ist zu intensivieren.
- Die Feststellungen zum Ressourceneinsatz sind richtig. Es muss deutlich mehr investiert werden in Bildung, damit gleiche Bildungschancen ermöglicht werden können.

- Die Ausführungen zum Thema Verzahnung Schule/Kita mit der Kinder und Jugendhilfe werden unterstützt.
- Insgesamt gesehen sollten die Gemeinsamkeiten der Positionen zwischen SPD Bildungspolitik auf der kommunalen Ebene und auf der Landesebene stärker betont werden als die nachstehend aufgeführten unterschiedlichen Ansichten.
- Bei allem Wohlwollen gegenüber dem finnischen »Erfolgssystem« Schule darf nicht vergessen werden, dass Finnland einen völlig anderen Staatsaufbau hat als Deutschland. Wir haben die Länderzuständigkeit im Bildungssystem. Die föderale Struktur Deutschlands kann nicht vollständig mit der Staatsstruktur Finnlands verglichen werden.
- Die im Thesenpapier geforderte Kommunalisierung von Schule wird so nicht unterstützt. Dies ließe eine unterschiedliche Bildungspolitik je nach „Kassenlage“ der Kommune entstehen und würde ungleiche Bedingungen im Flächenland bringen.
- Es ist ebenfalls nicht deutlich klar, was mit Übernahme der Personalverantwortung gemeint ist. Bedeutet das etwa das Weisungsrecht der BürgermeisterIn für die SchulleiterIn? Oder nur die Mitwirkung bei der Einstellung?
- Eine eigene Personalverantwortung für die Kommunen würde eine geordnete Lehrerversorgung in ländlich strukturierten Bereichen und strukturschwachen Regionen nicht mehr gewährleisten.
- Die bereits im Schulgesetz vorhandenen Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Auswahl der Lehrkräfte und der Schulleitungen oder der Mitwirkung im Schulvorstand werden zurzeit sehr unterschiedlich genutzt. Es sollten daher erst einmal die vorhandenen rechtlichen Mitwirkungsmöglichkeiten ausgenutzt werden, um zu einer besseren Abstimmung zwischen Schule und Schulträger zu kommen, bevor eine Personalverantwortungsübernahme diskutiert wird. Daher sind erst einmal Wege zu gehen in Form von gemeinsamen Budgets für die Schulen.
- Im Thesenpapier ist zum Thema Integration Sprachförderung nur von Kindern »mit Migrationshintergrund« die Rede. Die Sprachförderung ist auch notwendig für alle Kinder, die einen entsprechenden Förderbedarf haben.